

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 27 M., ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkassenkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die feinsten Anzeigen 1/2 Spalte, 10 Zeilen, 100 Pf. — im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 112

Sonntag den 14. Mai 1922

88. Jahrgang

Amthliche Bekanntmachungen.

Der Kassierer der Gemeindeverbandskassette zu Dittersdorf Anton Seidel hat sein Amt wegen vorgerückten Alters niedergelegt.

An seine Stelle ist Gotthard Steinigen aus Dittersdorf gewählt und als solcher von der Amtshauptmannschaft bestätigt worden.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 10. Mai 1922.

Der oberbehördlich genehmigte XIX. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Dippoldiswalde, betreffend Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Grundsteuer bis zu 25 %, liegt im Rathaus (Zimmer 12) 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus.

Der Nachtrag tritt ab 1. Juli d. J. in Kraft. Stadtrat Dippoldiswalde, am 12. Mai 1922.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Geschäftsräume des unterzeichneten Stadtrats Montag und Dienstag, den 15. und 16. ds. Mts., die Kasse nur am 16. ds. Mts., geschlossen. Das Standesamt ist an beiden Tagen vormittags von 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Stadtrat Dippoldiswalde

Gemeindegirokasse Schmiedeberg.

Geschäftszeit wie bei der Spartasse. Verzinsung: Bei täglicher Verfügung 3 Prozent. Ausführung von Ueberweisungen nach allen Orten Deutschlands.

Einzahlung von Schecks.

Vermittlung von An- und Verkäufen von Wertpapieren. Gemeindegirokonto Nr. 2. Postkassenkonto Leipzig Nr. 27 040. Fernsprech-Anschluß Nr. 27 Amt Ripsdorf.

Straßensperrung.

Infolge Massenschuttes wird die Straße zwischen Reiholzhain und Hirschbach vom 15. bis 19. Mai gesperrt. Der Fahrverkehr wird über Reiberg verwiesen. Hirschbach, am 13. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 12. Mai 1922.

Das Kollegium ist vollständig bis auf die entschuldigten Stadtverordneten Lohse und Schubert. Außerdem sind der Bürgermeister und die Stadträte Giehl, Jäckel, Frisch und Voigt erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsteher das Ableben des Stadtrats A. D. Liebel mit und gedenkt der großen Verdienste, die der Verewigte sich während fast dreier Jahrzehnte im Dienste der Stadt erworben hat, die Anerkennung fanden der Gründung der „Stadtrat-Liebel-Stiftung“ und durch ministerielle Genehmigung zur Weiterführung des Titels Stadtrat. Die Versammlung nahm die Ansprache stehend entgegen und ehrte dadurch das Gedächtnis des Heimgegangenen.

Kenntnis nimmt man von der Einladung zur Disjunktionsversammlung und über die Abrechnung über die Kassenverwaltung für den Fonds zur Kriegerehrung. Bei reichlich 17 000 Mark Einnahmen wurden 11 600 M. Ueberschuß erzielt, so daß der Fonds nunmehr insgesamt über 15 615 M. verfügt. Bei dieser Gelegenheit referiert der Vorsteher über die Maßnahmen, die von den städtischen Kollegien bisher in der Sache unternommen wurden, über die bisherigen Zuwendungen und spricht allen, die für den Fonds tätig waren, insbesondere bei dem letzten Konzert, den Dank des Kollegiums aus. Er gilt besonders dem Bürgermeister. In den für die Ehrung bestehenden Ausschuss wählt man an Stelle des früheren Stadtverordneten Branne den Stadtverordneten Heil und schlägt dem Rat Erweiterung desselben vor, insbesondere Wiederaufnahme von Beames als Bürger.

Ursprünglich war der Ausbau der Rabenauer Straße bis an den Wald geplant. Die dazu erforderlichen Landstücke von den angrenzenden Fluren sind vermessen und bereits aufgelassen. Ebenso ist die grundsätzliche Eintragung erfolgt. Die Bezahlung des Landes (2 M. für den Quadratmeter, im ganzen 1720 M.) ist aber unterblieben, da der Straßenbau noch nicht vorgenommen werden konnte. Die Verkäufer erziehen nunmehr um die Beträge. Gleich dem Rat beschließt man dementsprechend, gleichzeitig aber auch, den Ausbau aufzuschieben. Das betreffende Land kann den früheren Besitzern aber pachtweise überlassen werden.

Kenntnis nimmt man von einer Verordnung der Amtshauptmannschaft wegen der Vergütungssteuerordnung und stimmt den Vorschlägen des Stadtrats zu. Die Sätze bleiben die alten. Von Besuchern der Mäuserschule ist um Erweiterung des Stenographieunterrichts gebeten worden. Das Gesuch hat der Rat abgelehnt und beschlossen: Stenographie wird nur noch im laufenden

den Semester obligatorisch gelehrt, im Wintersemester nur bei einer Mindest-Teilnehmerzahl von 15 gegen ein Sonderhonorar von 100 Mark pro Semesterfunde. Auch dem stimmt man zu. (Hingewiesen wird darauf, daß Gelegenheit zur Erlernung der Stenographie auch der hiesige Stenographenverein bietet.)

Die unerwartet hohe Zahl der Schülerinnen der Mädchenfortbildungsschule seit Ostern läßt den Rat zu, daß ab Ostern 1924 mit 9 Klassen gerechnet werden muß. Die Raumfrage hat deshalb den Gedanken nahegelegt, Reichardt, als die Gemeinde mit den meisten Schülerinnen, zur Gründung einer eigenen Mädchenfortbildungsschule zu veranlassen. Der Rat hat jedoch beschlossen, solange der Raum zureicht, hiervon abzusehen. Man stimmt dem zu. Die gleiche Ursache ist der Grund zu Satzungsänderungen, die die Möglichkeit geben, nötigenfalls eine oder die andere Gemeinde zum Austritt aus dem Verbandsverband zu zwingen oder den Unterricht teilweise in das Schulgebäude einer anderen Verbandsgemeinde zu legen. Auch damit ist man einverstanden und nimmt schließlich noch zustimmend Kenntnis von den Beträgen, die als Entschädigung für Benutzung der Räume mit Heizung, Beleuchtung usw. im hiesigen Schulgebäude vorgesehene sind. Der Vorsteher weist darauf hin, daß es sich nur um haushaltsplanmäßige Einstellungen zunächst handelt, Endgültiges erst die Abrechnung ergeben kann.

Die Stadt hat seinerzeit den Müllarschießstand in der Schwarzbach für 200 M. zum Abbruch gekauft, die Ziegel und teilweise auch das Holz beim Rathausumbau verwandt, ebenso auch Eisenstücke. Ein Teil des Alt eisens liegt noch im Wauschuppen, darunter auch die Jugendschreibvorrichtung. Letztere möchte die Schützen-gesellschaft käuflich erwerben. Der Rat will sie für 300 M. überlassen. Hierüber entspinnt sich eine schließlich etwas hitzig werdende Aussprache, da von einer Seite der Preis für zu niedrig gehalten und erst eine Besichtigung vorgeschlagen wird. Schließlich wird aber dem Ratsbeschluss mit Stimmenmehrheit beigetreten. Einverstanden ist man damit, daß dem Fabrikbesitzer Rudolf Reichel die Grasnutzung der Parzelle 579 (an die zwei Turnplätze grenzend) auf weitere 6 Jahre unter den üblichen Bedingungen überlassen wird.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Ortsliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Sein 25 jähriges Ortsjubiläum als Arzt und Bürger unserer Stadt begeht am morgigen Sonntag Herr Dr. med. Giebler. Wir sprechen dem Jubilar, der in zahlreichen Familien unserer Stadt und Umgebung als tüchtiger Arzt in Schule und Haus geschätzt und bekannt ist, am heutigen Tage bereits unsere herzlichsten Segenswünsche aus und wünschen ihm fernerhin bei voller Gesundheit und Rüstigkeit ein erprießliches Arbeitsfeld seiner Berufstätigkeit.

Die für heute vom Bezirks-Obstbauverein geplante Besichtigung der Obstplantagen in Theisewitz ist infolge des schlechten Wetters auf Sonnabend den 20. Mai verschoben worden.

„Wer weiß, wie nahe mir mein Ende“. So klang es am Freitag Nachmittag in der Nikolaiskirche vom Friedhofshof beim Begräbnis des Herrn Stadtrat und Branddirektor V i e w e g, Mitglied des Landesauschusses sächsischer Feuerwehren aus Penig i. Sa. Derselbe weilte kurze Zeit bei Herrn Schützenhausbesitzer A. Börner hier, seinem Schwiegerjohn, zu Besuch, als ihn plötzlich schwere Krankheit dahintrastete. Zu Ehren dieses hochverdienten Kameraden nahmen an der Begräbnisfeier teil die Herren Stadtrat Reiche aus Bautzen, Vorstand des Landesauschusses, Brandmeister Werner aus Penig, Kreisvertreter Jäger aus Pirna, Bezirksvorsteher Müller aus Schmiedeberg und 12 Mann der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr unter Führung ihres Kommandanten Herrn Arthur Reiche. In der Kirche richtete Herr Pfarrer Moses an die Leidtragenden herzliche Trost- worte auf Grund des Bibelwortes: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“, und am Grabe sprachen unter Kranzniederlegung die Herren Reiche, Werner und Müller namens des Landesauschusses, der Stadt und Feuerwehr Penig und des Kreises hochliebe Worte hoher Anerkennung und heißen Dankgefühls. Ruhe sanft und das ewige Licht leuchte dir!

Auch die Stern-Lichtspiele wollen zum Wachsen unseres Kriegedenkmal-Fonds beitragen und werden heute Sonnabend abend das große Filmwerk „Der Heilige und die Sündlerin“ nochmals vorführen. Der Reingewinn fließt voll dem Denkmalsfonds zu. Das Werk behandelt die Legende der Maria von Magdala und spielt im Heiligen Lande. Bilder aus der Wüste wechseln mit solchen von Jerusalem, vom Garten Gethsemane, dem Tempel der Isis auf der Insel Pharos usw. Sie zeigen Abschnitte aus dem Leben Jesu und seiner Jünger, aus der Passionszeit und dergleichen. Das ganze Werk ist italienischen Ursprungs und von großer, packender Wirkung. — Am Sonntag nachmittag und abend wird dann in den Stern-Lichtspielen ein Farmer-Drama „Die Welt der Bestien“ gezeigt werden, dem ein gutes Lustspiel beigegeben ist.

Ueber die Umsatzsteuer für „möblierte Zimmer“ hat der Reichsfinanzhof ein wichtiges Urteil gefällt. Der Gerichtshof

billigt die Rechtsauffassung, daß die entgeltliche Vermietung eingerichteter Räume durch Privatpersonen eine gewerbliche Tätigkeit im Sinne des Umsatzsteuergesetzes darstellt, wenn sie auf die Dauer berechnet ist. Sie unterliegt dann grundsätzlich der Steuer, auch wenn die Vermietung durch die Zwangswirtschaft veranlaßt ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob ein Gewinn erzielt werden soll, und auch nicht auf die unbegrenzte Dauer.

Am gestrigen Freitag waren es 50 Jahre, daß in der Rosengasse Stall- und Schuppengebäude des Fleischermeisters Einhorn (seht Molkerie!) in Flammen aufgeging.

Schmiedeberg. Sonntag den 14. Mai findet hier durch Herrn Superintendent Michael Kirchenvorstung statt. Nach dem um 9 Uhr beginnenden Hauptgottesdienste versammeln sich in Schenks Gasthofe die Kirchengemeindeglieder (Männer und Frauen) zu einer Besprechung wichtiger kirchlicher Fragen. Nachmittags 2 Uhr hält Herr Pastor Fischer Kindergottesdienst. Den Schluß des Tages bildet ein Familienabend im Saale des Schenkschen Gasthofes. Es werden dabei erste und weitere Vorträge gehalten. Im Mittelpunkt des Abends steht ein Vortrag des Herrn Superintendent Michael. Im zweiten Teile sollen lebende Bilder und ein vom Jünglingsverein aufgeführtes Lustspiel, „Die Wette“ beisteht, zur allgemeinen Unterhaltung mit beitragen.

Reinhardtsgrimma. Auf Veranlassung des Gesamtverbandes des hiesigen Gewerbegehilfen-Bereins findet Sonnabend den 20. Mai im hiesigen Gerichtsgasthof ein Konzert der Kapelle des 1. (Jäger-)Bataillons vom Inf.-Reg. Nr. 10 unter Leitung des Musikdirektors A. Helbig statt. Die Kapelle ist schon seit längerer Zeit auf das beste bekannt und wird der Besuch ein sehr lohnender sein. Der Reingewinn der Veranstaltung ist seitens der unternehmenden Vereinigung für die Altershilfe bestimmt.

Dresden. Als einziger Punkt stand am Freitag vormittags auf der Tagesordnung des Landtages die Verabfassung des Entwurfes eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über Aenderung des Polizeiwesens auf der Tagesordnung. Minister des Innern Lipinski leitete die Aussprache mit einer längeren Rede, die die Vorlage begründete, ein. Sehr zu Herzen schlen ihm die Stellungnahme des Abg. Wäber gegenüber der Vorlage gegangen zu sein, dem er vorwarf, daß er die Interessen der Stadt Dresden so stark vertreten habe, daß seiner Meinung nach das Staatsinteresse ganz in den Hintergrund gerückt worden sei. Der Minister legte weiter dar, daß die Vorlage vorsehe, daß unbeschadet der Verstaatlichung der Polizei der Lastenausgleich durchgeführt wird. Von einer automatischen Regelung des Lastenausgleiches sei abgesehen worden. In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse müsse die Regierung um beschleunigte Erledigung der Vorlage bitten. Der Abgeordnete Wäber verwahrte sich gegen die Vorwürfe des Ministers und nannte den § 1 eine Strafmaßnahme gegen Dresden, während die anderen Paragraphen eine Anebelung der Gemeinden darstellen. Die Gemeinden müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß, wenn eine Einrichtung staatlich ist, auch der Staat die Hauptlasten tragen muß. Diese Leg Dresden, denn das sei der § 1, sei ein unerhörter Rechtsbruch. Der § 1 ist eine Strafbestimmung dafür, daß wir dem Polizeietat nicht zugestimmt haben. Der Redner beantragte schließlich Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß A und an den Rechtsausschuß. Selbstverständlich fand er mit diesem Antrage bei den Linksparteien keine Freunde, während die Bürgerlichen sich dem Antrage angeschlossen. Der Kommunist Renner verlangte, daß der Polizei die Möglichkeit genommen werde, mit Waffengewalt gegen die Arbeiterschaft vorgehen zu können. Minister Lipinski sprach noch ein kurzes Schlusswort, indem er betonte, daß er durch diese Vorlage die Sicherung des Landes durch die Befestigung des militärischen Charakters der Polizei erreichen wolle. Die Vorlage ging schließlich einstimmig antragsgemäß dem Haushaltsausschuß A und dem Rechtsausschuß zu. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr vormittags.

Reifen. In H e y n i g sind Einbrecher in die verschlossene Kirche eingedrungen und haben drei Altarbekleidungen und zwei Altardecken geraubt. In einem Strohfleimen fand man die von den Dieben abgeschnittenen Fransen der Altarbekleidungen.

Leipzig. Das Reichsgericht hat den 28. Juni als Termin für die Fortsetzung der Kriegsbeschuldigtenprozesse bestimmt. Zuerst soll gegen Dr. Michelsohn verhandelt werden, der von französischer Seite der Gefangenemißhandlung beschuldigt wird. Außer deutschen Zeugen sind 14 französische Zeugen geladen.

Leipzig. Auf dem zurzeit in Leipzig tagenden Deutschen Bauarbeiterkongress kam es am Mittwoch nachmittag zu

einem bemerkenswerten Zwischenfall. Der Bauarbeiterverband hatte beschlossen, die Kommunisten von der Tagung auszuschließen. Dagegen zogen Hunderte von Bauarbeitern nach dem Volkshaus, wo der Kongress noch tagte und sprengten gewaltsam die Tagung, wobei es zu stürmischen Auseinandersetzungen kam. — Der angerichtete Schaden am Inventar und am Gebäude ist groß.

Burgen. Die ehemalige Infanteriekaserne am Könnerrig-Platz ist als Stadthaus umgebaut worden und wird nunmehr bezogen werden.

Dederan. Ein Radfahrer fuhr die ziemlich abschüssige Wohnstraße in scharfem Tempo herab. An der Mühlgasse brachte er die Kurve nicht heraus und fuhr gegen ein tiefstehendes Haus mit voller Gewalt an, daß er durch das Fenster slog, die Scheiben zerkümmerte und auch das Fenstergelände durchschlug. Damit noch nicht genug, riß er im Fallen auch noch den Spiegel von der Wand. Besinnungslos und blutüberströmt blieb er in der Stube liegen. Von einem in der Nähe wohnenden Arzt wurde der Verunglückte verbunden.

Burgstädt. Der Beschlussfähigkeit verfiel auch die letzte gemeinsame Sitzung der städtischen Kollegien infolge Fernbleibens der Sozialisten, sodass die Neuwahl der aufgelösten Ausschüsse nicht erfolgen konnte.

Limbach. Festgenommen wurde hier der von der Staatsanwaltschaft wegen Betrugs und Urkundenfälschung flehentlich gesuchte Kaufmann Stöhr.

Zwickau. Der Rat ernannte aus Anlaß des 70 jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr deren Oberführer Schreier zum Oberbrandmeister und dessen Stellvertreter Martin zum Brandmeister.

Plauen i. V. Am Donnerstag sprangen auf dem Wege von Plauen nach Meßbach der Gutsbesitzer Hartenstein aus Meßbach und seine Frau von ihrem zweispännigen Fuhrwerke ab, da die Pferde, die von einem 15 jährigen Dienstknecht gelenkt wurden, wegen eines Autos durchgegangen waren. Während der Mann keinen Schaden erlitten hat, fiel die Frau so unglücklich auf den Hinterkopf, daß sie einen Schädelbruch erlitt, der ihren sofortigen Tod zur Folge hatte.

Großschärdorf. In der Werkstatz des Tischlermeisters Bruno Mende zersprang ein von elektrischer Kraft getriebener Schleifstein in vier Stücke. Von den umherfliegenden Stücken wurden der Meister sowie ein Lehrling am Kopfe getroffen. Ersterem wurde der Kopf zerschlagen und das Gehirn buchstäblich an die Wände gespritzt. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Lehrling wurde schwer verletzt.

Sebnitz. Ein hiesiger Schuhwarenhändler ist durch seine Unvorsichtigkeit um 5000 M. Waren geprellt worden. Ein ihm völlig unbekannter (!) hatte vor einigen Wochen mehrere Paare Herren- und Damenschuhe mitgenommen und den Rücksack noch dazu „geborgt“, um die Waren „besser transportieren zu können (!)“. Als er bezahlen wollte, hatte er kein Geld. Er gab an, er heiße Dels, sei Naturheilkundiger und komme seit jedem Tag nach Sebnitz in die Apotheke. Der „Naturheilkundige“ hat sich aber seitdem nicht wieder sehen lassen. Anscheinend ist er „dienstlich überlastet“.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 12. Mai.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Munkel (D. Vp.), in der Beschwerde über eine Verordnung der braunschweigischen Regierung geführt wird, wonach Schulgebete, Andachten, religiöse Feste usw. nur in Religionsstunden zulässig sein sollen, erwidert ein Regierungsvertreter, daß die braunschweigischen Volksschulen zwar den Namen evangelisch-lutherische Gemeindefschulen hätten, aber keine Bekenntnisschulen seien. Eine Verletzung der Verfassung liege nicht vor.

Auf den Hinweis des Abg. Dr. Finsch (D. Vp.), daß auch heute noch Zwangsmaßnahmen gegen die Bestimmungen über die Wäuter-, Wehl- oder Zwangsangewandtschaft verfolgt würden, obwohl diese Zwangsangewandtschaft bereits aufgehoben sei, gibt ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß an der bisherigen Praxis festgehalten werden müsse.

Auf Beschwerden des Abg. v. Schöb (D. Vp.) über die französischen Besatzungsbehörden — Beschlagnahme von Wohnhäusern für militärische Zwecke in Worms, Mißhandlung und Verhaftung deutscher Touristen in Landau, die Ermordung des Bauunternehmers Käster aus Bahn durch betrunkene französische Soldaten — macht ein Regierungsvertreter die Mitteilung, daß Schritte in dieser Hinsicht bereits unternommen sind.

Auf die Anfrage des Abg. Graef-Züring (Dntf.), ob die Regierung behaupten wolle, daß die Eignung für die Teilnahme an der Gewerlicher Delegation, bei der mindestens 12 Herren jüdischer Rasse sich befänden, vorwiegend in der jüdischen Bevölkerung vorhanden sei — Geländer v. Mutius hatte erwidert, die als Delegierten Berufenen seien nur nach sachlicher Eignung ausgewählt worden —, erwiderte darauf, daß keine Antwort auf eine Antwort sei.

Abg. Dr. Molt (D. Vp.) weist darauf hin, daß in Duisburg ein 13 jähriges Mädchen durch die Angel eines Belgiers getötet worden sei; ein Regierungsvertreter stellt fest, daß der Täter ein belgischer Gendarm sei.

Verwaltung der Reichsbahn.

Es wird darauf die zweite Lesung des Haushaltsplans des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Abg. Luesel (Soz.) wendet sich gegen das Gutachten des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Die sozialdemokratische Fraktion lehne jeden Versuch, das Eigentumsrecht des deutschen Volkes an den Eisenbahnen zu beeinträchtigen, ab. Der Wert der Eisenbahnen beträgt etwa 1000 Milliarden Papiermark, die Industrie aber will höchstens die 50 Milliarden Schulden übernehmen. Schuld am heutigen Zustande ist auch der große Material- und Personalverbrauch. Notwendig ist eine Verminderung des Kohlenverbrauchs und ein Abbau des Personals. Offern haben wir den Beamten erst 50 Milliarden bewilligt, jetzt wollen wir diese Summe verdoppeln. Wohin soll das führen?

Reichsverkehrsminister Groener: Es ist nicht richtig, daß, wie der Abg. Dr. Luesel behauptet hat, die Eisenbahn im letzten Jahre 21 Milliarden Defizit gehabt habe. Der für 1921 aufgestellte Haushalt wird voraussichtlich weitestgehend günstiger ausfallen. In Zukunft werden die Streikmaßnahmen bei der Eisenbahn verhärtet werden. (Unruhe links. Rufe: Das glauben wir!) Neue Kleinbahnbauten läßt die finanzielle Lage des Reiches nicht zu. Wir können höchstens die begonnenen Bauten fortsetzen. Ich habe heute verfügt, daß keine neuen Untersuchungen wegen

Streikbeteiligungen erfolgen sollten. Ein Teil der sozialdemokratischen Entscheidung ist also bereits erledigt.

Abg. Geiser (D. Vp.): Sogar die Sozialdemokratie, eine Regierungspartei, tritt in ihrem Organ „Der freie Beamte“ für das Beamtenstreikrecht ein. Es ist eine sonderbare Auffassung der Beamten, der Streik, erfüllt seine Pflicht gegenüber seiner Gewerkschaft! Die Führer betrachten nachgerade die Gewerkschaft als Selbstzweck, ihre Interessen gehen noch über die des Staates. Das vom Zentralverband der Angehörigen, der zur Ma gehört, herausgegebene Blatt hat am Tage des Streikaustrittes scharf zum Streik geheißen. Als der Streik aufgebrochen war, wurde in demselben Blatt der Streik aufs schärfste verurteilt. Auch die Regierung hat nicht alles getan, um den Streik zu verhindern. Man hätte den Lokomotivführern, welchen man ihren Wunsch nach Gleichstellung mit den Eisenbahn-Angestellten nachkommen war, nicht die Aufstiegsmöglichkeit nehmen dürfen.

Abg. Breunig (U. Soz.) erklärt, Streiks könne man nicht durch die Technische Nothilfe bekämpfen, sondern allein durch ausreichende Bezahlung. Die Eisenbahner würden sich den Achtstundentag nicht nehmen lassen.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Es gibt Cheleute, die häufig an Scheidung denken oder sogar davon sprechen, aber doch über die Silberhochzeit hinweg zusammen bleiben. Das Familienband wird auf das äußerste angepannt, aber die Verantwortung für den Trennungsschritt will kein Teil auf sich nehmen.

Ähnlich geht es in Genua zu. Von der Scheidung des französisch-englischen Paares ist in bitteren Worten gesprochen worden, und dann will es keiner gewesen sein, der solch einen Bruch der Entente an die Wand gemalt habe. In den Verhandlungen mit den Russen hatten sich die Gegensätze so zugepointet, daß jeden Augenblick eine Sprengung der Konferenz zu befürchten war. Aber die Russen, die sonst so wagemutig sind, scheuten doch vor dem Krach zurück und arbeiteten acht Tage lang im Schweige ihres Angesichts an einer Antwortnote herum, die noch Anhaltspunkte für weitere Verhandlungen bot.

Weiter verhandeln — das ist zur Zeit die maßgebende Parole. Einige folgen ihr aus wirklicher Friedensliebe; andere mit dem Hintergedanken, vielleicht werde die Gegenpartei den Bruch herbeiführen, so daß man ihn ausnützen könnte, ohne sich selber bloßzustellen. Immerhin bedeuten die langwierigen Verhandlungen einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Methode „Vogel, selb oder stirb“.

Deutschland ist mit raffinierter Gründlichkeit in Ohnmacht verfest und dadurch auf den Weg geduldiger Verhandlungen verwiesen worden. In dieser Richtung bewegt sich auch die Antwortnote, die unsere Regierung dem anspruchsvollen Reparationsauschuß hat zugehen lassen. Von den Bedingungen, die wir bis zum 31. Mai annehmen sollten, wird nach wie vor die blanke Unmöglichkeit abgelehnt, aber so viel Vorschläge zur Güte gemacht, daß kaum genug bleibt für Verhandlungen über einen Ausgleichsplan. Zu dem Palast reisen der Finanzminister Hermes und sein Sachverständiger Bergmann nach Paris. Dort gibt es ein deutsch-französisches Seitenstück zu der großen Konferenz von Genua. Was in Paris herauskommen wird, ist natürlich noch ebenso unsicher, wie der Ausgang von Genua. Doch gibt es uns eine gewisse Nervensänkung, daß der Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet nicht so gleich im Juni erfolgen wird.

Kommt Zeit, kommt Rat! Das ist ein Trostspruch, der oft vom Reichsfinn distilliert wird. Doch kann auch der gewissenhafteste Mensch in eine Notlage kommen, wo jeder Zeitgewinn einen gewaltigen Doldwert darstellt.

Nach Genua senden wir gern die besten Wünsche für einen friedlichen und fruchtbareren Ausgang der Konferenz. Nur möchten wir bitten, daß man sich dort etwas beeilt. Deutschland hat nämlich mit seinen eigenen Angelegenheiten jetzt genug zu tun.

Die Antwort der Russen.

Neue Verhandlungsmöglichkeiten.

Die Antwort der russischen Delegation auf die Denkschrift der Alliierten ist jetzt endlich nach mehrmaliger Verzögerung der Übergabe dem italienischen Außenminister Schanzer übermittelt worden. Der sie sofort an die einzelnen Delegationen weitergeleitet hat. Ein klares Ja oder Nein ist aus der Note nicht herauszulesen, sie gibt jedoch immerhin genügend Punkte zu weiteren Verhandlungen. In englischen und italienischen Kreisen sieht man die Lage als günstig an und rechnet mit einer Fortsetzung der Verhandlungen mit den Russen.

Sobald die Delegationen mit der Prüfung der Antwortnote fertig sein werden, wollen die Führer der Delegationen zu einer Be-, rechnung zusammentreten, und wenn diese Besprechungen abgeschlossen sind, auch die Vertreter der anderen Signatarmächte des Memorandums zu den Verhandlungen zuziehen. Nach einiger Zeit wird die politische Kommission zur Beratung der Antwort zusammenberufen werden. Es ist wahrscheinlich, daß man auch die russische Delegation einladen wird.

Der Inhalt der Antwort.

Die Antwortnote besteht aus einer Einleitung und der eigentlichen Antwort. Im ersten Teil stellt die russische Delegation fest, daß das Memorandum der Alliierten sowohl gegenüber dem Londoner Ultimatum wie auch den in Cannes gefassten Entschlüsse gegenüber einen Rückschritt bedeute. Obwohl die Mächte immer davon gesprochen hätten, daß im Vordergrund der Konferenz von Genua die Frage des Wiederaufbaues von Europa stehen solle, habe man der russischen Delegation nicht einmal die Möglichkeit gegeben, in der Sachverständigenkommission für Wirtschaftsprüfung ihr Programm für den künftigen Wiederaufbau Russlands darzulegen. Die Vorfälle der letztverflohenen Tage, besonders anlässlich der Forderung der Rückgabe der nationalisierten Besitztümer an ihre früheren Eigentümer, hätten auf das Deutlichste gezeigt, daß hier zu der rein materiellen Frage eine politische Frage ausgeprobt werde. Wenn die Arbeiten der Konferenz abgebrocht werden, so müßte die Berant-

wortlichkeit dafür auf jene Mächte zurückfallen, die sich einer allgemeinen Verkündigung widersetzen und die Interessen gewisser sozialer Gruppen den allgemeinen Interessen Europas gegenüberstellen.

Gegen Schuldenszurückzahlung und Eigentumsentscheidung.

In dem zweiten Teil der Denkschrift, der eigentlichen Antwort, wird das Verbot umstürzlerischer Propaganda in anderen Ländern von der Sowjetdelegation abgelehnt. Ebenso entschieden wenden sich die Russen gegen den bekannten Artikel 7 der Entente-Denkschrift, in dem die Anerkennung der Vorkriegsschulden und Rückgabe bezw. Entschädigung für das nationalisierte Eigentum fremder Staatsangehöriger verlangt wird. Die russische Antwortnote erklärt demgegenüber, daß Sowjetrußland in rechtlicher Beziehung in keiner Weise gebunden sei, Schulden der Vergangenheit zu zahlen.

KonzeSSIONen gegen GegenkonzeSSIONen.

Die Note beklagt sich weiter darüber, daß das Memorandum die Frage der Kriegsschulden vollkommen offen lasse, deren Annulierung eine der Bedingungen für den Verzicht Russlands auf seine Gegenforderungen gewesen sei. Rußland bleibt, heißt es am Schluß, um zu einer Einigung zu gelangen, bereit, den fremden Mächten ernsthaft KonzeSSIONen zu machen, aber durchaus nur unter der Bedingung, daß diesen KonzeSSIONen gleichwertige KonzeSSIONen zu gunsten des russischen Volkes entgegengebracht werden. Ein anderer durch die Schwierigkeiten der Situation nahegelegter Ausweg wäre eine gegenseitige Annulierung der aus der Vergangenheit zwischen Rußland und den anderen Mächten entspringenden Ansprüche und Gegenansprüche.

Eine neue Konferenz?

Falls aber die Mächte sich doch noch mit der Lösung der zwischen ihnen und Rußland anhängigen finanziellen Streitpunkte beschäftigen wollen, so könnte diese Aufgabe einem von der Konferenz ernannten gemischten Sachverständigenausschuß übertragen werden, dessen Arbeiten zu einer Zeit und an einem Orte beginnen würden, welcher durch gemeinsames Abkommen zu bestimmen wäre. Rußland sei auf die Konferenz mit der besten Absicht gekommen, und es gebe sich auch weiter der Hoffnung hin, daß sein Streben in dieser Hinsicht von Erfolg gekrönt sein werde.

Seine Verhandlungen Frankreichs mit Rußland.

Während Lloyd George der Auffassung zu sein scheint, daß die Brücken zu weiteren Beratungen durch die russische Antwort nicht abgebrochen sind, ist man in französischen Kreisen höchst empört und sieht in der ganzen Antwort nur eine gegen Frankreich und Belgien gerichtete Spitze. Nach einer Pariser Meldung soll die französische Regierung ihren Delegationschef Barthou bereits telegraphisch aufgefordert haben, an den Beratungen mit den Russen nicht weiter teilzunehmen. Barthou erhielt gleichzeitig die Aufforderung, in Genua zu verbleiben, um etwaigen Beratungen über Finanz-, Wirtschafts- oder Transportangelegenheiten beizuwohnen. Irgendwelche politische Verhandlungen dürfte Barthou aber nicht mehr führen. Das Kabinett stellt es Barthou anheim, die etwaige Abreise aus Genua selbst zu beschließen, wenn diese ihm in nächster Zeit aus irgendeinem anderen Grunde angebracht erscheinen sollte.

„Die Konferenz geht weiter.“

Nach vor Bekanntwerden des Austritts der Franzosen aus der russischen Kommission hat Lloyd George der Presse mitgeteilt, daß die russische Antwort als annehmbare Verhandlungsgrundlage anzusehen sei und daß die Konferenz weiter gehe. Diese Worte des „Königs von Genua“ sind natürlich nicht nur an die Presse gerichtet, sondern vor allem an die französische Adresse.

Die Eisenbahnstreikfreier entlassen.

Ein Streikrecht der Beamten gibt es nicht

Die Reichsdiziplinarkammer in Erfurt verhandelte am Donnerstag gegen drei Führer des letzten großen Eisenbahnstreiks und zwar gegen den Eisenbahninspektor M e n n e, den Lokomotivführer Thiem und den Eisenbahnsekretär D i b l i t.

Ihnen wurde zur Last gelegt, daß sie am Ausbruch und an der Fortsetzung des Streiks Veranlassung mitgewirkt und dadurch ihre Beamtenpflichten verletzt hätten. Nach mehrstündiger Verhandlung wurden alle drei Angeeschuldigten für schuldig befunden und gegen sie auf Dienstentlassung erkannt. Von der Gewährung auch nur einer Teilpension wurde abgesehen, da keine Gründe für eine milde Beurteilung vorhanden wären und da Aussicht bestünde, daß die drei Angeeschuldigten in der Reichsgewerkschaft einen ausreichenden Lebensunterhalt finden.

Die Frage, ob die Angeeschuldigten bei der Ausübung ihrer Tat Beamte waren oder ob sie, da sie sich auf Urlaub befanden, im Urlaub hätten tun und lassen können, was sie wollten, wurde von der Kammer dahin beantwortet, daß auch der Urlaub der Beamtencharakter nicht aufhebe. Die Disziplinarkammer stellte im Urteil fest, daß es ein Streikrecht der Beamten nicht gibt.

Münchener Kriegsschuldprozeß.

Eisners Fälschungen gerichtlich erwiesen
In dem Münchener Kriegsschuldprozeß über die Dokumentenfälschung des bayerischen Revolutionsministerpräsidenten Eisner wurden die drei Redakteure die von dem früheren Privatsekretär Eisners, F e c h e n b a c h, wegen Verleumdung angeklagt worden waren freigesprochen, während der Schriftleiter bei „Bayerisches Vaterland“, bei dem die Gerichte die Absicht der Verleumdung als erwiesen erachtet hatte zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt wurde.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Veröffentlichungen Eisners als eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes zu betrachten seien. Die Veröffentlichungen Eisners seien eines der Hindernisse im Kampf gegen die Behauptung von Deutschlands Alleinschuld am Weltkrieg. Den Beklagten sei die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugebilligt insofern, als das Friedensdiktat von Versailles jeden Deutschen treffe. Jeder Deutsche habe deshalb das Recht, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu versuchen, auf eine Veränderung des Vertrages hinzuwirken. Dazu gehöre die Entkräftung von unrichtigen Veröffentlichungen, die mit als Grundlage des Schuldspruches von unseren Gegnern verwendet wurden.

In der Urteilsbegründung wird noch ausgesprochen, daß Deutschland den Weltkrieg nicht gewollt hat. Durch die Eisnerschen Berichte ist der Sinn des Inhalts der Urkunden entstellt, teil weise sogar in das Gegenteil verkehrt. Die Art der Veröffentlichung hat er absichtlich gewählt. Die Veröffentlichung Eisners ist somit eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes. Sie ist aber auch eine amtliche Veröffentlichung und deshalb die Fälschung auf eine amtliche.

Durch dieses Urteil sind die bewußten und absichtlichen Fälschungen Eisners gerichtlich einwandfrei festgestellt. Die gerichtliche Aufklärungsarbeit hat den unumwunden Beweis erbracht, daß der Situationsbericht, den der damalige bayerische Geschäftsträger von Schoen am 18. Juli 1914 dem Grafen Hertling erstattete, in den Revolutionsstagen böslich verfälscht der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Eisner hat aus dem Schriftstück alles ausgemergelt, was zu Gunsten der deutschen Regierung sprach, insbesondere die Mitteilungen v. Schoens über die Versuche der Reichsregierung, eine weitere Ausdehnung des österreichisch-serbischen Konflikts zu verhüten. Sämtliche Sachverständigen — es sind solche nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus neutralen Ländern und sogar aus Entente-Ländern vernommen worden, — haben übereinstimmend bezeugt, daß die von Eisner veröffentlichten diplomatischen Akte in ihren wichtigsten Teilen durch Ausschneidungen und sogar eingeschobene Worte und Sätze gefälscht worden sind. Die Wirkungen dieser unerhörten Fälschungen waren für Deutschland geradezu verhängnisvoll. Die Versäufte Friedenskonferenz hat die Eisnerschen Dokumente als vollkommenes Beweismittel für Deutschlands Alleinschuld am Weltkrieg vor der ganzen Welt benutzt und zum Fundament des Versailles-Friedens gemacht. Das steht heute im Einklang mit dem Urteil der Sachverständigen gerichtsnotorisch einwandfrei fest. Damit ist aber die Ehre von der Alleinschuld Deutschlands endgültig und restlos zerstört und auch gleichzeitig dem Gewaltakt von Versailles, das einzig und allein auf dieser Fälschung aufgebaut ist, jede Grundlage entzogen. Die Legende von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg läßt sich jetzt nicht mehr aufrechterhalten. Mag sich unsere Diplomatie in den verhängnisvollen Zuständen vielleicht manche Ungeschicklichkeiten und Fehlschritte zuzuschreiben haben lassen, ein vorsätzlicher Wille zur Entzündung des Weltbrandes ist jedenfalls nirgends festzustellen.

Politische Rundschau.

Berlin, 13. Mai 1922.

Im Reichsarbeitsministerium wird ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung vorbereitet.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat tritt auf Einladung der bayerischen Landesbauernkammer am 30. und 31. Mai in München zu seiner 50. Plenarsitzung zusammen.

Pariser Zustimmung zur Reparationsnote. Die Pariser Presse beurteilt die deutsche Note als einen leichten Fortschritt, aber die Antwort selbst als ungenügend. Die Reise des Ministers Dr. Hermes nach Paris beweise, daß die Deutschen die Absicht hätten, eine befriedigende Lösung zu finden. Selbst Poincaré äußerte beim Empfang der Pariser Pressedirektoren die zutreffende Hoffnung, daß eine Verständigung in der Wiedergutmachungsfrage erzielt werden könne. Frankreich und England würden dabei wieder geschlossen vorgehen können. Die Reparationskommission hat sich dahin ausgesprochen, daß die deutsche Note einen Meinungsaustausch mit den deutschen Vertretern gestatte. Diese Besprechung wird zunächst nur offiziellen Charakter tragen. Der Ausschuss wird vor dem Meinungsaustausch keine Note an Deutschland richten. Man nimmt an, daß Hermes und Bergmann am Sonnabend in Paris eintreffen.

Das Gesetz über die Zwangsanleihe ist dem Reichsrat zugegangen. Als Termin für die Vermögensfeststellung wird der 31. Dezember 1922 festgelegt. Um eine Verzögerung der Einzahlungen bis weit in das Jahr 1923 hinein zu vermeiden, ist eine vorläufige Selbsteinschätzung, die spätestens im Oktober d. J. einzureichen ist, vorgesehen. Das Vermögen, das die Verpflichtigen zu Beginn des Jahres 1923 für die Vermögenssteueranleihe anzugeben haben, gilt auch als Vermögen für die Erhebung der Zwangsanleihe. Die Vorauszahlungen werden auf den endgültigen Betrag angerechnet, Ueberschüsse mit 5 vom Hundert Zinsen zurückstattet. Zur Zwangsanleihe sollen alle Vermögen von mehr als 100 000 Mark herangezogen werden, der im Entwurf enthaltene Tarif sieht für die ersten 250 000 Mark 2 v. H., für die nächsten 250 000 Mark 4 v. H. und dann weiter 6, 8 und 10 vor. Im Finanzgesetz ist bereits die dreijährige Rinslosigkeit der Anleihe festgelegt. Für die folgenden fünf Jahre 1925 bis 1930 schlägt der Entwurf erst 2 1/2, dann 4 v. H. vor. Die Tilgung, für die 1/2 v. H. vom Kennwert vorgesehen ist, soll entweder durch Rückkauf zum Nennwert oder durch Auslösung zum Nennwert erfolgen.

Sicherstellung der Kartoffelversorgung. Im Reichsernährungsministerium fand in diesen Tagen eine Besprechung mit den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucherschaft statt, in der diese Vertreter übereinstimmend, daß zur Ver-

meidung der Schwierigkeiten und Mißstände der Kartoffelversorgung des Vorjahres schon jetzt die erforderlichen Vorkehrungen zur ausreichenden Eindeckung der versorgungsberechtigten Bevölkerung mit Kartoffeln in dem kommenden Wirtschaftsjahr getroffen werden müssen. Die Spitzenverbände der genannten Organisationen erklären sich bereit, den Kartoffelbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung, namentlich der großen Bedarfszentren, zu decken und alsbald in Verhandlungen über die Schaffung geeigneter Verkauf- und Einkaufsorganisationen und über den Abschluß von Lieferungsverträgen in ausreichender Höhe zu treten. Gleichzeitig soll auch der nichtgenossenschaftlich organisierte Grundbesitz durch Vermittlung des Handels und der landwirtschaftlichen Organisationen zu dem Abschluß von Lieferungsverträgen herangezogen werden. Zur Bekämpfung des wilden Kartoffelaufkaufes erklärten schließlich die Spitzenverbände übereinstimmend eine Verschärfung der geltenden Konzessionsvorschriften für geboten. Hierdurch sollen auch die unsachverständigen Aufkäufer, insbesondere der großindustriellen Werke und der Verkehrsinstitute, die im letzten Herbst überaus preistreibend auf dem Kartoffelmarkt gewirkt haben, im kommenden Wirtschaftsjahr von dem Kartoffelgeschäft ferngehalten werden.

Der englische Schatzkanzler stellte im Unterhause mit, die britische Regierung habe vollkommen klargestellt, daß sie nicht bereit ist, der Sowjetregierung eine Anleihe zu gewähren.

Der König von England ist in Gizebrond eingetroffen, wo er von dem französischen Präsidenten des Wardepartements und dem Bürgermeister begrüßt wurde. Der Zug hatte darauf die Reise nach Arras fortgesetzt, wo der König die Schlachtfelder zu besuchen beabsichtigt.

Die Operation, der sich Lenin kürzlich hat unterziehen müssen, hat noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Es wird eine neue Operation notwendig sein, um die letzten Reste der Kugel aus dem Halsmark zu entfernen.

Der serbische Minister hat befohlen, das von einer New Yorker Finanzgruppe unterbreitete Angebot für den Abschluß einer 100 Millionen Dollars-Anleihe grundsätzlich anzunehmen.

Schweiz: Ankunft der Saardelegation in Genf.

In Genf ist eine Abordnung der politischen Parteien des Saargebietes eingetroffen. Die Abordnung will mit den Mitgliedern des gegenwärtig in Genf tagenden Völkerbundesrates Fühlung nehmen, um die Verordnung über den Landesrat und die Frage der Zurückziehung der vertragswidrig im Saargebiet stehenden französischen Truppen zu besprechen. Unter den Mitgliedern der in Genf weilenden Saarabordnung hat die aus Genua eingetroffene Nachricht, wonach in der Vollversammlung der einladenden Mächte auf Antrag von Barthou beschlossen wurde, die Saarfragen von der Tagesordnung abzusehen, weil hierfür der Völkerbund zuständig sei, beträchtliches Versehen hervorgerufen, umso mehr, als es sich bei diesen Fragen nicht um politische Probleme, sondern um rein wirtschaftliche Angelegenheiten von allgemeinem europäischen Interesse handelt, deren Besprechung auf der Konferenz von Genua auch von Entente-Seite beabsichtigt worden war. Die Abordnung hofft, daß, nachdem die Besprechung dieser Frage in Genua abgelehnt wurde, der Völkerbund sich nunmehr mit diesen Problemen befassen wird.

Südslawien: Serbisch-albanische Personalunion?

In Belgrad geht das Gerücht, König Alexander von Serbien sei Kandidat für den albanischen Thron. Die serbische Regierung unterläge diese Kandidatur und sei einer Personalunion zwischen Albanien und Südslawien günstig gesinnt.

Rußland: Die Anklage gegen den Moskauer Patriarchen.

Das Moskauer Revolutionstribunal hat beschlossen, den Patriarchen Thron und den Moskauer Erzbischof Nikanor wegen Widerstandes gegen die Sequestrierung des Kirchengutes zugunsten der Hungernden zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. Die beiden Angeklagten hatten in einem ähnlichen Prozeß gegen eine Reihe Moskauer Geistliche zugegeben, den Plan für einen Feldzug zur Verhinderung der Beschlagnahme ausgearbeitet zu haben. Sie haben einen gegen die Sequestrierung gerichteten Aufruf ausgearbeitet und ihn durch die niedrigen Stellen der kirchlichen Organisation unter den breiten Massen verbreiten lassen. Das Material für die Voruntersuchung ist dem Volkskommissar für Justiz überwiesen worden. — Im Mai haben die Bolschewiken acht Priester und einige Frauen zum Tode verurteilt. Diese Personen sind antikommunistischer Handlungen beschuldigt worden, weil sie sich der Konfiskation des Kirchengutes widersetzen.

Die Kriegsschuldfrage.

München, 12. Mai. Im bayerischen Landtag haben die Mittelpartei und die Deutsche Volkspartei eine Interpellation eingebracht, worin unter dem Hinweis auf den im Eisner-Prozeß erbrachten Nachweis, daß Deutschland nicht den Weltkrieg gewollt habe, von der Reichsregierung verlangt wird, daß sie alle Entgelten das durch den Prozeß gelieferte Material mitteilt und die sich hieraus für die Kriegsschuldfrage ergebenden Folgerungen klarlegt, daß sie ferner die öffentliche Meinung der ganzen Welt über den festgestellten Sachverhalt aufklärt und daß sie schließlich die Revision des Vertrages von Versailles von den Signatarmächten fordert.

Die Not der Ruhestandsbeamten.

Berlin, 12. Mai. Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, welche die Reichsregierung ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Bezüge der Ruhestandsbeamten, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen mit aller nach Lage der Umstände nur möglichen Beschleunigung gezahlt werden. Angenommen wurde ferner ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag, wonach die Reichsregierung in Erwägung ziehen soll, in welcher Weise den Ruhestandsbeamten, Wartegeldempfängern und Hinterbliebenen 1. soweit sie im besetzten Gebiete zu leben genötigt sind, eine Besatzungsgeldgewährung ist, 2. soweit sie in Orten zu leben genötigt sind, in denen Reichsbeamten Uebertragungszuschüsse oder Reichsbeamten Wirtschaftsbefehle zu gewähren ist.

Einführung eines Sachverständigenausschusses zum Studium der russischen Frage.

Genua, 12. Mai. Nach der Ueberreichung der russischen Antwortnote fand eine lange Unterredung zwischen Lloyd George und Schanzer statt, an der später auch Barthou teilnahm. Nach einem halbamtlichen Bericht tragen sich die Engländer und Italiener mit der Absicht, eine besondere Sachverständigen-Kommission zum Studium der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und Rußland einzusetzen. Ob Frankreich sich an diesen Beratungen beteiligen wird, steht noch nicht fest. In den Verhandlungen der politischen Kommission haben die Franzosen heute nicht teilgenommen, wobei sie offenbar einer Weisung Poincarés folgten.

Keine Freigabe englischer Kohleneinfuhr.

Berlin, 12. Mai. Halbamtlich wird mitgeteilt: In den letzten Tagen verbreitete Mitteilungen und Gerüchte, daß die Einfuhr englischer Kohlen billig freigegeben worden wäre, entsprechen nicht den Tatsachen. Es ist gegen früher lediglich insofern eine Veränderung eingetreten, als der Verbraucherpreis für ausländische Kohle für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Mai d. J. erweitert worden ist, so daß innerhalb dieser Frist außer der Exportindustrie nunmehr auch der Hausbrand und die inländische Industrie aus dem Ausland Kohlen beziehen dürfen. Dagegen bleiben alle anderen Beschränkungen für die Einfuhr und den Zwischenhandel mit ausländischen Kohlen nach wie vor bestehen.

Das Parlament als Gericht.

Aus der Geschichte des englischen Unterhauses.

Die dem englischen Gerichtswesen eigentümliche Erscheinung, daß das Parlament oder ein zu diesem Zweck eingesetzter Ausschuss in Zivilrechtsfällen, die vor sein Forum gebracht werden, als Gerichtshof fungieren und entscheiden kann, hat es mit sich gebracht, daß zwischen den ordentlichen Gerichten und dem Parlamentsgericht häufig Meinungsverschiedenheiten entstanden sind, die zu schweren Kompetenzkonflikten geführt haben. So hatte beispielsweise im Jahre 1703 ein Mann namens Ashby, der in der Wahlliste nicht aufgeführt worden war und deshalb seines Wahlrechts verlustig gegangen war, sich an das ordentliche Gericht mit dem Antrag gewandt, den verantwortlichen Beamten zum Schadenersatz zu verurteilen. Als die Sache im Unterhaus bekannt wurde, nahm das Haus eine Entschliessung an, die diesen Appell an das ordentliche Gericht als einen Bruch des verbrieften parlamentarischen Privilegs erklärte und jedem Richter, der Kühn genug wäre, über den Fall zu verhandeln, mit Strafe bedrohte. Der damalige Lord-Oberrichter Holt, der von dieser Entschliessung nichts wußte, hatte den Fall zur Verhandlung angelegt. Im Termin erschienen der Stabträger des Parlaments vor Gericht mit der an den Lord-Oberrichter gerichteten Aufforderung, vor dem Unterhause zu erscheinen und sich wegen seiner eigenmächtigen Terminsetzung zu verantworten. Da diese Aufforderung unbeachtet blieb, so erschien nicht lange darauf der „Sprecher“ Harley in eigener Person, um die Vorladung zu wiederholen. Als er geendet, erhob sich der Lord-Oberrichter und erwiderte: „Ich fordere Sie auf, innerhalb von 5 Minuten den Gerichtssaal zu verlassen und sich dahin zurückzubehalten, woher Sie gekommen sind. Im anderen Falle lasse ich Sie auf der Stelle ins Gefängnis abführen. Sie reden von der Verletzung Ihrer Autorität; ich habe darauf zu erwidern, daß ich hier als Dolmetscher des Gesetzes zu dem Zweck sitze, um Recht zu sprechen. Und wenn das ganze Haus der Gemeinden in corpore hier erscheint, so werde ich nicht um Haarsbreite zurückweichen.“ Der „Sprecher“ verließ denn auch den Saal und das Unterhaus hielt es angeht der energischen Stellungnahme des Lord-Oberrichters für angezeigt, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Ein anderer, nicht minder berühmter Fall, der des römischen Beleggeschmacks nicht entbehrt, drehte sich um den Verlust eines Regenschirms. Im Jahre 1827 hatte ein Fremder eine Sitzung des Oberhauses besucht und war beim Betreten des Saales, wie üblich, aufgefordert worden, seinen Regenschirm im Garderobenraum abzugeben. Als er nach Beendigung der Sitzung seinen Schirm wieder in Empfang nehmen wollte, war dieser nicht mehr vorhanden. Der Eigentümer verklagte daraufhin den mit der Verwahrung der Sachen betrauten Garderobier des Oberhauses und hatte auch die Genehmigung, daß ihm ein Schadenersatz in Höhe von 1 Pfund Sterling und 4 d zugesprochen wurde. Der Lord-Kanzler ließ aber die Sache nicht auf sich beruhen, sondern brachte den Fall vor den Rechtsausschuss des Oberhauses, mit der Begründung, daß das Gericht sich ein Recht angemacht habe, das allein dem Oberhause zustand. Er beantragte, einen Ausschuss einzusetzen, der die Kompetenzfrage zu entscheiden hatte. Die Sache zog sich ins Endlose, und der Leidtragende war dabei der Besitzer des Regenschirms, der um die Früchte des Urteils kam und weder Regenschirm noch Schadenersatz erhielt.

Aus Stadt und Land.

Der Leipziger Bauarbeiterkongress durch Kommunisten gestoppt. Bei dem in Leipzig im Volks-hause tagenden deutschen Bauarbeiterkongress kam es zu bedauerndwerten Zwischenfällen. Vom Bauarbeiterverband war der Beschluß gefaßt worden, die Kommunisten von der Tagung auszuschließen. Dieser Beschluß gab den Kommunisten Veranlassung, dagegen zu demonstrieren. Nach Schluß der Arbeitszeit strömten Hunderte von kommunistischen Bauarbeitern nach dem Volkshause, wo der Kongress tagte, und sprengten gewaltsam die Tagung, wobei es zu stürmischen Auseinandersetzungen kam.

Der polnische Terror in Oberschlesien. Der Terror der Polen nimmt mit dem Treiben der unter der Führung eines gewissen Gurta stehenden Insurgentenbanden ab. Nach der Erschießung des englischen Majors (es wurde aus Antonienhütte der

Verliches und Sächsisches

— Schutz der Natur! Auch der Frühling hat ein Recht auf Schutz, wenn wir durch die Auen wandern, so freuen wir uns der Saaten. Aber wir wollen jedem Fuß wehren, der sie zertritt, jeder Hand, die sich daran vergreift. Daselbe gilt für die Zweige der Obstbäume, es gilt für all den Baumschmuck rings umher, der zu gut ist, um gepflückt und nach einer halben Stunde fortgeworfen zu werden. Auch die geschlichen Bestimmungen sind zu beachten, fremdes Eigentum ist zu bewahren und vor Schaden zu hüten.

Auch sag' ich euch, 's ist alles heilig jetzt, Und wer im Blühen einen Baum verletzt, Der schneidet ein, wie in ein Mutterherz. Und wer sich eine Blume pflückt zum Scherz, Und sie dann von sich schleudert, sorglos, Der reißt ein Kind von seiner Mutter Schoß. Und wer dem Vogel jetzt die Freiheit raubt, Der sündigt an eines Sängers Haupt, Und wer im Frühling bitter ist und hart, Vergeht sich wider Gott, der sichtbar ward.

— Neue Personenwagen 4. Klasse hat die Reichsbahn eingestellt. Die hohen, geräumigen, gut zu lästenden und zu beleuchtenden Wagen stellen mit 76 bequemen Sitz- und einigen Stehplätzen ein Mittelding zwischen den Wagen der bisherigen 4. und denen 3. Klasse dar. Für die Unterbringung des Handgepäckes sowie für Heizung ist reichlich Sorge getragen. Die neuen Wagen laufen auf sechs Rädern, wodurch selbst bei hohen Geschwindigkeiten ein ruhiger Lauf gewährleistet ist. Sie sollen namentlich in den beschleunigten Personenzügen, die ab 1. Juni eingeführt werden, laufen. Sobald Wagen der neuen Bauart in genügender Zahl vorhanden sind, werden die noch vorhandenen ausschließlich für Reisende mit Traglasten eingestellt werden.

— Vorsicht bei Schuhkäufen. Von der Landesprüfungsstelle wird mitgeteilt: In den letzten Wochen sind mehrfach an Händler und Konsumenten unter der Bezeichnung „billige, getragene und gut ausparierte Militärstiefel“ fertige Schuhwaren oder unter anderen Bezeichnungen reparierte Schuhe in den Verkehr gebracht worden. Nachprüfungen haben ergeben, daß es sich meist um durchaus minderwertige Ware handelt, die durch unlautere Machenschaften erheblich verteuert

wurde. Aus diesem Grunde sind bisher etwa 14 000 Paar Schuhe beschlagnahmt worden. Jedermann sei vor derartigen Käufen gewarnt.

— Die Kirchsblüte steht jetzt in voller Pracht, und es ist zu erwarten, daß sich die um diese Zeit übliche Abschwächung der Temperatur nicht bis zu neuem Frost erstrecken wird, so daß keine Beschädigung der Blüten eintreten wird. Das Grün der Bäume hat sich auch vermehrt und hält die Maifähle ab. Inzwischen hat auch die Sonne eifrig gewirkt, die Feldblumen, besonders der gelbe leuchtende Löwenzahn und die weißen Gänseblümchen finden sich zu Tausenden. Beim Löwenzahn wollen wir daran denken, daß seine jungen Blätter einen gesunden und wohlschmeckenden Salat ergeben, der fast genau wie Kapuzinensalat schmeckt. Er läßt sich in dieser knappsten Zeit auch ohne Zucker herstellen, wie denn in anderen Ländern der Zucker beim Salat eine Nebensache ist, während ihn viele deutsche Hausfrauen für unumgänglich nötig halten. Bekömmlicher und wohlschmeckender ist der Salat jedenfalls ohne Zucker, vorausgesetzt, daß die Blätter frisch sind.

— Das große Los — eine Million Mark. Die Direktion der Sächsischen Landeslotterie hat mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung den Plan zur 181. Lotterie abgeändert. Die Gesamtsumme der Gewinne beträgt nunmehr 36 554 000 M. Neben einer wesentlichen Aufbesserung der Gewinne im Allgemeinen wurde das große Los verdoppelt, es beträgt also 1 Million Mark. Weitere Haupttreffer sind: 2 zu 500 000, 2 zu 300 000, 2 zu 200 000, 150 000, 120 000, 110 000, 12 zu 100 000 Mark. Die Ziehung der 1. Klasse zur 181. Lotterie findet am 14. und 15. Juni 1922 statt. Lospreise: Ein Zehntellos 15 Mark, ein Fünftellos 30 Mark, ein Halbes 75 Mark, ein Ganzes 150 Mark, für jede Klasse.

Dresden. Die diesjährige Rührung des Obstes an den Staatsstraßen soll in erster Linie sächsischen Stadt- und Landgemeinden zu angemessenen Preisen freihändig überlassen werden. Berücksichtigt werden jedoch nur solche Gemeinden, die sich unter dem Versprechen einer Vertragsstrafe bis zu 15 000 M. für den Fall der Zuwiderhandlung verpflichten, die Obstnutzung an der Staatsstraße, und soweit sie über eigene Obstnutzungen verfügen, auch diese nicht weiter zu verpachten, sondern in eigene Bewirtschaftung zu nehmen. Die Gemeinden haben für bedingungs- und sachgemäße Bewirtschaftung der erpachteten Obstnutzung und für pflegerische Behandlung der Bäume zu sorgen. Sie sind verpflichtet, das Obst von den Staatsstraßen zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abzugeben. Die Anmeldungen sind für die Kirchennutzung bis zum 20. Mai und die für die Nutzung an Äpfeln, Birnen, Pflaumen usw. bis zum 30. Juni an das zuständige Straßen- und Wasserbauamt zu richten.

Ortma. Die hiesige Kirchengemeindevertretung hatte sich mit einem Antrag aus der Mitte der Versammlung zu beschäftigen, die oberirdische Anbringung von Aschurnen unter gewissen Voraussetzungen auf dem Friedhofe zu gestatten. Einstimmig beschloß man, den Antrag als Antrag der Kirchengemeindevertretung an das Landeshistorium weiterzuleiten.

Hohenstein-Ernstthal. Im Stadtorordnetenkollegium wurde die Bewilligung von 25 000 M. für Errichtung eines Striegerehrentmals von einer sozialistischen Zufallsmehrheit abgelehnt und beschlossen, diesen Betrag für die Kriegergebühren zu verwenden. Das Ortsgefeß über die Zwangseinquartierung wurde angenommen.

Stollberg. Vom Finanzamt wurden in den letzten beiden Monaten 28 Personen wegen Steuerhinterziehung mit insgesamt 150 000 M. Strafe belegt.

Jittau. Die Abspernung der Grenze, die zur Beschränkung des „Ausverkaufs“ von Jittau wie der sächsischen Grenzorte Großschönau, Seiffennersdorf, Neugersdorf, Leutersdorf, Ebersbach, Reichenau, Wanscha und Traßlau seit einiger Zeit durchgeführt worden ist, hat jetzt eine Aenderung erfahren. Infolge der hohen Kosten, die dem Staate durch das Verlegen, bezw. durch das Unterbringen von Abteilungen der Landespolizei aus entlegeneren Teilen Sachsens in den Jittauer Grenzbezirk entstehen, sind jetzt die halbe Hundertschaft aus Riesa, wie zwei halbe Hundertschaften aus Kamenz, die den Grenzabsperndienst mit versehen, zurückgezogen und nach ihren Standorten abtransportiert worden. Der Dienst an der Grenze wird nun von den Beamten der Abteilung Jittau in gleichem Umfange wie bisher versehen. Von einer Abschwächung der Grenzsperrung kann daher eigentlich nicht gesprochen werden. Im Gegenteil ist, wie von unferrichter Seite mitgeteilt wird, sogar geplant, die völlige Abriegelung der Grenze, wie sie bisher bestanden hat, unter Heranziehung auswärtiger Abteilungen zu wiederholen. Der Zeitpunkt, wann dies geschehen wird, ist noch nicht festgesetzt. Die Beamten der Jittauer Abteilung versehen den Dienst teils in Uniform, teils in Zivil mit Unterstützung der sächsischen Zollorgane. Die Kontrolle der Grenzpostämter seitens der tschechoslowakischen Zollbeamten ist noch immer sehr streng und die Wegnahme von Grenzsausweisen, die Leuten aus dem Böhmerland gehören, ist nach wie vor an der Tagesordnung.

Cunewalde (Causig). Rette Zustände herrschen im hies. Gemeindeparlament. Lange Zeit hindurch waren die bürgerlichen Gemeindevertreter aus Obstruktion den Sitzungen ferngeblieben. Streitpunkt war der Gasthof zur „Blauen Kugel“, dessen Verkauf die Sozialdemokraten verhindern wollten, die Bürgerlichen aber durchgeführt hatten. Als die Bürgerlichen in der letzten Sitzung zum ersten Mal wieder erschienen, spielten sich Szenen ab, die nicht wiedergegeben werden

können. Alle parlamentarischen Grundsätze wurden außer acht gelassen, die Linke sprach nur noch in Beleidigungen. Der Gemeindevorstand war nur in der Lage, eine einzige Mitteilung zu verlesen. Der stellvertretende Gemeindevorstand Hempel, der schon in einer früheren Sitzung in nicht mißzuverstehender Weise aufgefordert hatte, zwei bürgerlichen Gemeindevertretern die Häuser anzuzünden, behauptete, die Bürgerlichen hätten die Gemeinde um 150 000 Mark betrogen, der Gemeindevorstand habe sich mit 10 000 Mark bestechen lassen usw. Als schließlich die Bürgerlichen geschlossen den Sitzungsaal verließen, wurden ihnen von der Linke die schlimmsten Drohungen zugerufen.

Kausche (Causig). An einem anläßlich der sozialdemokratischen Maifeier abgehaltenen Tanzvergnügen beteiligten sich auch einige hier weilende Maurer. Hierfür sollten sie Tanzgeld bezahlen. Weil es bereits spät war, weigerte sich ein Maurer, und es kam zu Streitigkeiten. Auf dem Heimwege wurden die vier Maurer von vier Arbeitern angefallen. Hierbei wurde der eine, aus Schlefien stammende 21 jährige Mann derartig mit Knäpeln bearbeitet, daß ihm die Schädeldecke eingeschlagen wurde und er bald darauf starb.

Wofür „reparieren“ wir?

Reichskanzler Wirth hat in seiner letzten großen Reichstagsrede davon gesprochen, daß das Gehalt zweier Ententegenerale, die in irgendwelchen Kommissionen in Deutschland sitzen, dem Reiche mehr Kosten verursachen, als der Reichspräsident mit den sämtlichen Reichsministern unter Einschluß ihrer Aufwandsentschädigung. Ueber die ungeheuren Kosten, die die Befragung in den Rheinländern dem Deutschen Reiche verursacht, und die mit dazu führen müssen, daß Deutschland immer weniger den Reparationsforderungen nachkommen kann, ist ebenfalls schon unendlich viel geschrieben und gesprochen worden. Nichts aber vermag die Ungeheuerlichkeit dieser Unkosten anschaulicher darzustellen, als kleine Ausschnitte aus dem großen Bild der Befragungsstellen. Es möge nur ein Beispiel genügen, das Beispiel des Wohnungsstuzes des Kreisdelegierten in Bergheim, eines britischen Hauptmanns R. Williamson, der dem Reich „nur“ einen Kostenaufwand von 464 116 M. 39 Pf. verursacht hat. Diese Unsumme setzt sich in der Hauptsache aus den folgenden einzelnen Bedürfnissen zusammen:

- 1 Wohnsalon, Empireausführung in Mahagoni mit Bronze zu 30 000.— M.
- Ankleidezimmer, Ausführung in seinem Mattlack, bestehend aus Wäschrack, Garderobenschrack, Schifftische, verstellbarem Ankleidespiegel, rundem Frisiertisch mit Glasplatte, Frisiertisch mit Bezug 16 000.— M.
- 1 weißlackiertes Schlafzimmer 11 650.— M.
- 1 Schlafzimmer, poliert Kirschbaum mit weiß Ebon 55 800.— M.
- 1 Speisezimmer, matt Nussbaum mit weiß Ebon 43 000.— M.
- 1 Schlafzimmer für Dienstpersional 6 400.— M.
- In Einzelheiten sind zu erwähnen:
 - Für die Lieferung von Damast 9 282.— M.
 - 1 Bettstimmelninterwand aus blauer Seide 954.— M.
 - Baueinsparungskosten für die Einrichtung der Wohnung des Delegierten durch einen besonderen Ingenieur 4 627.— M.
 - 3 Rohfelbedekorationen zu 5 010.— M.
 - 2 Steppdecken, rosa Seide, für das Wohnzimmer 19 150.— M.

Staatliche Schlachtviehvericherung in Sachsen.

Durchschnittspreise zur Berechnung der Entschädigung für die in der Zeit vom 15. Mai 1922 bis auf weiteres geschlachteten Tiere in Mark für je 50 Kilogramm Schlachtgewicht.

- A. Ochsen:
 - 1. vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 4 000
 - 2. junge fleischige nicht ausgewästete, ältere ausgewästete 4000
 - 3. mäßig gedährte junge, gut gedährte ältere 3700
 - 4. gering gedährte jeden Alters 3400
 - 5. a) magere 1900
 - b) abgemagerte, soweit sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind 1500
- B. Bullen.
 - 1. vollfleischige, ausgewästete höchsten Schlachtwertes 4100
 - 2. vollfleischige längere 3850
 - 3. mäßig gedährte längere und gut gedährte ältere 3700
 - 4. gering gedährte 3400
 - 5. a) magere 1900
 - b) abgemagerte dergl., soweit sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind 1500
- C. Kalben und Räder.
 - 1. vollfleischige, ausgewästete höchsten Schlachtwertes 4300
 - 2. vollfleischige, ausgewästete Räder höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren und ausnahmsweise auch besonders gut gedährte Kalben 4200
 - 3. ältere ausgewästete Räder und gut entwickelte jüngere Räder und Kalben 3700
 - 4. gut gedährte Räder und gering gedährte Kalben 3400
 - 5. mäßig und gering gedährte Räder und gering gedährte Kalben 2850
 - 6. a) magere dergl. 1700
 - b) abgemagerte dergl., soweit sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind 1200
- D. Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre:
 - 1. gut entwickeltes 3400
 - 2. mäßig gut entwickeltes 2900
 - 3. gering entwickeltes 1800
 - 4. erheblich in der Entwicklung zurückgebliebenes, soweit es nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen ist 1200
- E. Schweine.
 - 1. vollfleischige, ausgewästete Schweine höchsten Schlachtwertes, und zwar der fetteren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/4 Jahren 3900
 - 2. fleischige Mastschweine und ausgewästete Sauen im Alter bis zu 2 Jahren, letztere mit einem Mindestschlachtgewicht von 125 Kilogramm 3500
 - 3. gering entwickelte Mastschweine, sowie ausgewästete Schnitteder (Mitschneider) und nicht unter Ziffer 2 fallende ausgewästete Sauen 3100
 - 4. nicht ausgewästete Sauen, Schnitteder (Mitschneider), Zuchttauen und Zuchteder, sowie sehr gering gedährte oder mangelhaft entwickelte Mastschweine 2500
 - 5. a) magere oder in der Entwicklung zurückgebliebene Tiere 2000
 - b) abgemagerte oder erheblich in der Entwicklung zurückgebliebene Tiere, soweit sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind 1500

Empfehlenswerte Ausflugsorte und Sommerfrischen

Geising E. Bahnhofs-Hotel

Bos: M. x Hauk
Schöne Fremdenzimmer / Bezahl. Gasträume / Anerkannt gute Küche / Biers Bier und Weine
Auto-Unterkunft Ställe
Stett. Licht / Fernspr. Amt Rauenstein 31

Gasthof Schmiedeberg

1 Erg. (direkt am Bahnhof gelegen) Inb. M. veru. Egent (Tel 5 Amt Schmiedeb. Alsd.) empf. I. bezahl. Gastr. m. Deliz. Zimmer, Baillon, gr. Gart. m. Vera. da Or eleg. Saalim Ork. Bef. vorz. Berpf. Bestgepf. Weine erlter Armen. ff. Bier, andre Getränke. Autounterkunft . . . Ausspannung

Buschmühle Schmiedeberg.

Station vor Alsdorf in walddiehr. ländlicher Umgebung und auf schattigen Waldwegen bequem von allen Seiten erreichbar. Ausspannungstisch, Biergarten, beste Verpflegung, Borz. Weine, Kaffee, Regalboh. Bäder im Hause. Tel Amt Schmiedeb. Alsd. 12 M. Krumpelt.

Ladenmühle

Herd. geleg. inmitten mellenweit. Wälder, pängl. raubfrel, beliebt Touristenziel (Bremde 1.) Kausp Bürgl. Berpf. 2. mäh. Preis Tgl. fr. Forellen. Hochacht. Gew. Wärd. Fernspr. Schmiedeb. Alsdorf 156.

Buschhaus Hirschprung

Fremdenhof, Höhenluftkurort. Fernspr. Rauenstein 85. Staud'r. u. Sonntag i. Walde geleg. Beste Verpflegung. 6. Zimmer. Axel Bömer.

Hotel „zur Post“, Altenberg (Erzgebirge)

12 Z. Zimmer mit und ohne Pension. Anerkannt beste Verpflegung. Eig. Kaminlochküch. Saal und Gesellschaftszimmer. Garage. Von Rauenstein u. Schulen bef. bequemt. Fernspr. Rauenstein 41. Max Riß.

Gasthof Seifersdorf

(am Wege zur Talperre) von Ausflüglern, Vereinen und Schulen gern besucht. Schattiger Garten, großer Tanzsaal, ff. Verpflegung. Telefon Amt Dippoldiswalde 165. W. W. Geier.

Küchenbäcker Hölze

bei Glasbütte mit einschichtigem feilge. Kaminlochküch. Saal und Gesellschaftszimmer. Garage. Von Rauenstein u. Schulen bef. bequemt. Fernspr. Rauenstein 41. Max Riß.

1 blauer Seidenvorhang	806.—M
1 Spitzendecke zu	1 300.—M
2 echte Filetdecken zu	300.—M
1 Filetdecke zu	700.—M
1 ovale Decke zu	1 650.—M
1 Filetdecke zu	2 000.—M
1 indischer Teppich zu	1 300.—M
1 Teppich zu	1 275.—M
1 Teppich zu	3 400.—M
1 Teppich zu	3 950.—M
1 Belurteppich zu	2 100.—M
1 Vongeteppich zu	3 500.—M
1 Teppich für das Ankleidezimmer zu	3 500.—M
1 Schreibzeug mit Löcher zu	1 353.—M
1 Bonbonniere mit Deckel zu	558.—M
1 Federhalter zu	64.70 M
1 Schreibmappe zu	1 685.—M
1 Schreibzeug zu	229.50 M
1 Löcher zu	76.50 M
4 Fäsen für zusammen	883.—M

Der Hauptmann in Bergheim ist nur einer von hundert Kreisdelegierten im besetzten Gebiet.

Der Wohlfahrtspflegeverband Dippoldswalde-Stadt und Umgebung

hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der der Schriftführer, Verwaltungsassistent Schubert, einen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete, dem wir folgendes entnehmen:

Der Verband wurde am 1. April 1921 durch Zusammenschluß der Stadt mit den Landgemeinden Verreuth mit Seifen, Glend, Malter, Oberhäslitz, Reichstädt, Reinholdshain, Reinberg und Ullersdorf sowie der selbständigen Ortsbezirke Verreuth und Reichstädt zu einem Gemeindevorstande begründet, um innerhalb dieses zu einem Pflegebezirk zusammengefaßten Gebiets das Gesetz über die Wohlfahrtspflege durchzuführen, als das sind: Säuglings- und Kleinkinderpflege, Mutterschutz, Krüppelhilfe, Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, Förderung von Wohlfahrtsvereinigungen usw. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß der Verband seinen Aufgaben weitgehend gerecht geworden ist, in Zukunft werden die Geschäfte infolge weiterer innerer Ausgestaltung sich noch besser abwickeln.

Zur Förderung des Mutterschutzes, der Säuglings- und Kleinkinderpflege wurde im August eine Mutterberatungsstelle errichtet, die an jedem Donnerstag nach dem 1. und 15. des Monats im Diakoniat hier unter Leitung von Dr. Giebler Beratungsstunden abhält. Die Einrichtung ist, besonders in letzter Zeit, häufig in Anspruch genommen worden, immer stärkerer Zuspruch steht zu erwarten. Weiterhin erkundigt sich die Bezirkspflegerin von Zeit zu Zeit nach dem Befinden und der Behandlung der Säuglinge und Kleinkinder, gibt erforderlichenfalls Anweisungen und verteilt an besonders Bedürftige Freigabekücheln auf Nährmittel, hilft wohl auch durch Ueberlassung von Wäscheutensilien und anderen Bedarfsgegenständen. Weiter gehört hierher die Ueberwachung unehelicher und Ziehkinder und die Ausfindigmachung von Ziehmüttern. Die Beratungsstelle arbeitet Hand in Hand mit dem Albert-Zweigverein, wodurch viele Kinder der Fürsorge zugeführt werden.

Auf dem Gebiet der Krüppelhilfe wurden in vielen Fällen Bandagen usw. auf Beschluß an bedürftige Personen vom Verein für Krüppelhilfe, dem der Verband als Mitglied angehört, beschafft. Das Kind einer Kriegserwitwe wurde in der epileptischen Anstalt Klein-Wachau bei Radeberg untergebracht.

Das Hauptinteresse wurde der Tuberkulose-Bekämpfung zugewendet. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. des Monats wurden Beratungsfunden, ebenfalls im Diakoniat, durch Dr. Niebold-Höckendorf abgehalten. Die Einrichtung wird viel und mit besonderem Vertrauen in Anspruch genommen. Eine positive Bekämpfung der Tuberkulose kann aber nur gewährleistet werden, wenn Hilfe mit Rat und Tat gegeben wird. Die Durchführung der Tuberkulose-Bekämpfung geschieht etwa folgendermaßen: Der Fürsorgearzt stellt in den von ihm notwendig erachteten Fällen Antrag auf Gewährung von Milch- und anderen Nahrungsmitteln, die der Erkrankte auf seinen Antrag hin beschaffen darf. Die Bezirkspflegerin nimmt Hausbesuche vor und läßt den Kranken und deren Angehörigen die nötige hygienische Aufklärung zuteil werden. Tuberkuloseverdächtige werden der Fürsorge zugeführt. Besonders gute Erfahrungen bei Unterbringung Erkrankter in Heilanstalten sind mit der Landesanstalt Schradra bei Golditz gemacht worden; ernste Schwierigkeiten bereitet stets die Kostenfrage, kostet doch je ein Tag für ein Kind 40 M., für Erwachsene 50 M. Ausgeschlossen ist, daß der Verband diese allein übernimmt. Es muß stets gesucht werden, unter Schonung der Kranken, die Kosten auf möglichst breite Basis zu verteilen.

Wohnungspflege konnte im Hinblick auf die herrschende Wohnungsnot nicht erfolgen. Hier müssen bessere Zeiten abgewartet werden.

Werden Geschlechtskranke im Verbandsbezirk festgestellt, oder melden sich solche, so werden sie der Dresdner Beratungsstelle zugeführt.

Neben dieser geistlichen Wohlfahrtspflege ist es aber nötig, auch der freien Wohlfahrtspflege Aufmerksamkeit zu schenken. Hierunter fällt vor allem die Erholungs- und Besuchsreisen der Kinder auf Kosten des Verbandes im Sala-Stift in Georgensfeld untergebracht worden. Damit wurden, wie die nachträgliche Untersuchung ergab, gute Erfolge erzielt. Zwei Kinder wurden in den Erholungsheimen Wiek auf Rügen und Sobland a. d. Spree mit gleich gutem Erfolge untergebracht. Durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes wurden auch halbe bezug ganze Freistellen in Bad Elster sichergestellt, auch sind die Quaderreisen der Schulkinder vermittelt worden. Das gleiche wurde für die hiesige Kinderbewahranstalt beantragt. Ein Näheres unter Leitung der Bezirkspflegerin stellt seine Dienste unentgeltlich zur Verfügung.

Eine Säuglings-, eine Personenwaage, Fieberthermometer, Spüschüsseln und anderes wurde angeschafft. Im Laufe des Berichtsjahres schied die Gemeinde Seifen durch Einverleibung nach Seifersdorf aus, die beiden Rittergutsbezirke wurden mit ihren Gemeinden vereinigt. Der Verbandsbezirk zählt gegenwärtig 7043 Seelen.

Der Pflegeausschuß trat im Berichtsjahre einmal zusammen, der Arbeitsausschuß hielt ungefähr 30 Sitzungen ab, die Bezirkspflegerin führte ungefähr 1250 Wohnungsbesuche aus. Der Bericht betont zum Schluß, daß rege Arbeit geleistet worden sei und spricht die Hoffnung aus, daß den Verbands-Einrichtungen immer regeres Interesse und wachsendes Vertrauen seitens der Bevölkerung entgegengebracht werden möchte. Beobachtungen der letzten Zeit lassen dies erwarten.

Möchte durch die Tätigkeit des Verbandes eine soziale Besserung in den Verbandsgemeinden herbeigeführt werden.

Felsstürze an einer Rheinburg. Aus El. Coar wird uns berichtet: Infolge des langen Regenwetters sind auf dem Felskegel, der die bekannte Marksburg bei Braubach, eine der schönsten Rheinlandsburgen, trägt, erhebliche Felsstürze eingetreten. Betroffen ist zunächst vorwiegend die nach dem Fluße zu liegende Westseite, auf der große Felspartien in die Tiefe gestürzt sind. Mehrere Gebäude wurden teilweise zerstört oder erheblich beschädigt. Menschenleben sind bis jetzt nicht zu beklagen, dagegen wird infolge der Sturzgefahr eine Anzahl weiterer Häuser geräumt werden müssen. Die Sturzflächen reichen bis unmittelbar an die Häuser heran. Der Vorgang erinnert an den ähnlichen vor zwei Jahren bei Lorch, wo sich große Fels- und Erdmassen an der Burg Röllsch in Bewegung setzten und etwa zehn Häuser zerstörten oder unbewohnbar machten.

Druckkosten für Gemeindefürsorge druckt Carl Jehne.

Politische Rundschau.

Die Rheinlandkommission gegen Valutaauflage. Die von deutschen Standpunkt aus durchaus gerechtfertigte Maßnahme der rheinischen Bevölkerung, sich durch Valutaauflage auf die landesüblichen Preise gegen den Ausverkauf durch die valutaarten Ausländer zu schützen, hat das Mißfallen der Interalliierten Rheinlandkommission erregt. Um den Angehörigen der Entente Staaten weiterhin den Tiefstand des Marktes zugute kommen zu lassen, hat sie ohne Rücksicht darauf, daß das ohnehin schon schwer geschädigte rheinische Wirtschaftsleben dadurch starke Nachteile erleidet, ein allgemeines Verbot von Valutaauflagen im Rheinland erlassen. Nach der am 15. Mai in Kraft tretenden Verordnung darf keine Person, die eine Ware oder einen Gegenstand irgendwelcher Art öffentlich zum Verkauf anbietet oder eine Wohnung oder ein Unterhaltungs- oder Vergnügungsunternehmen zur Verfügung hält, von einem Mitglied der Rheinlandkommission oder deren Personal oder von einem Familienangehörigen solcher Personen für die bezeichneten Dinge oder Darbietungen einen höheren Preis nehmen, als es bei dem deutschen Publikum geschieht. — Nun wird der große Ausverkauf im Rheinland erst recht beginnen.

Der Oberschlesienvertrag. Die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien ist auf den 15. Mai festgesetzt worden. Sie erfolgt unter dem Vorsitz Calonders in öffentlicher Sitzung. Am Donnerstag trat der Völkerverbundrat in Genf zusammen, um den Schlussbericht des Präsidenten Calonder über die oberschlesischen Verhandlungen entgegen zu nehmen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens wird die amtliche Tätigkeit Calonders als Beauftragter des Völkerverbundes in der oberschlesischen Frage beendet sein.

Eine zweite Saardelegation in Genf. Eine Abordnung der politischen Parteien des Saargebietes hat sich erneut nach Genf begeben, um gegen die politische Entrechtung, welcher die Saarbevölkerung durch die Regierungskommission seit deren Einzug unterworfen ist, beim Völkerverbundrat Beschwerde zu führen. Ferner wird die Delegation erneut gegen die fortwährende im Widerspruch zum Friedensvertrag stehende Anwesenheit französischer Militärs im Saargebiet Einspruch erheben. Eine von den Einwohnern des Saargebietes an die Konferenz von Genua gerichtete Denkschrift wurde von den Vertretern der einberufenden Mächte aber aus dem Programm der Konferenz ausgeschlossen, weil für die Frage, um die es sich handelt, der Völkerverbund zuständig sei.

Reichslandbund und Getreidemlage. Die im Reichsausschuß gereinigte Landwirtschaft hat der Regierung ihre Vorschläge zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide im kommenden Erntejahr vorgelegt. Sie gehen dahin, daß 1. im freien Handel durch die landwirtschaftlichen Organisationen und den Handel eine Brotgetreidereserve geschaffen wird. 2. durch Maßnahmen steuerlicher oder sonstiger Art Mittel geschaffen werden, deren Verwendung eine Verbilligung des Brotes für die minderbemittelten Kreise ermöglicht. — Diese Vorschläge sind von der Regierung als ungenügend zurückgewiesen worden, und es liegen nach Ansicht des Reichslandbundes berechtigte Gründe vor, anzunehmen, daß die Regierung auch alle weiteren Vorschläge der Landwirtschaft als nicht ausreichend bezeichnen wird, um daraus ihrerseits die Berechtigung zu einer erneuten Umlage herleiten zu können. Demgegenüber fordert der Reichslandbund und jetzt ausdrücklich von der Regierung eine Erklärung, ob sie bereit ist, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verbilligung des Brotgetreides für die wirtschaftlich Schwachen durch die Gesamtheit der wirtschaftlich Leistungsfähigen führen. Alsdann will der Reichslandbund sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß seine Mitglieder ausreichende Getreidemengen im freien Handel zur Verfügung stellen, um in Verbindung mit den Einkäufen von Auslandsgetreide die verschiedenen Abschnitte des kommenden Wirtschaftsjahres die Brotversorgung der Bevölkerung zu sichern. — Die Reichsregierung hat sich bekanntlich für die Beibehaltung der Getreidemlage auch im Wirtschaftsjahr 1922/23 ausgesprochen.

Ein bayerischer Wirtschaftsrat. Nachdem sich das Reich in dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ein begutachtendes Wirtschaftsparlament geschaffen hat, gehen neuerdings auch die Einzelstaaten dazu über, der engen Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik durch die Errichtung eines Wirtschaftsrates Rechnung zu tragen. So hat der bayerische Landtag einen Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen, der die Regierung ersucht, einen bayerischen Wirtschaftsberatungsrat aus den ersten Wirtschaftsfachverständigen der wichtigsten Wirtschaftszweige, unter Berücksichtigung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verbraucher und Erzeuger aus allen Teilen des Landes zu bilden und alsbald zusammenzuberufen. Diese Körperschaft soll über alle wichtigen Fragen der bayerischen Volkswirtschaft gütlichlich gehört werden.

Erhöhte Postgebühren.

Der Fernbrief 3 Mark.

Nach einer von amtlicher Berliner Stelle ausgehenden Erklärung sind die künftigen erhöhten Postgebühren folgendermaßen geplant:

Im Ortsverkehr Postkarten unverändert, einfache Briefe auf 1 Mark herabgesetzt; beim Doppelbrief werden zwei Gewichtsstufen unterschieden, von 20-100 Gramm wie bisher 2 Mark, von 100-250 Gramm 3 Mark; im Fernverkehr die Postkarte 1,50 Mark, der einfache Brief 3 Mark, die beiden höchsten Gewichtsstufen 4 und 5 Mark; für Drucksachen bleibt der bisherige untere Gebührensatz von 50 Pf., gilt aber nur für Sendungen bis 20 Gramm (bisher 50 Gramm), während Drucksachen von 20 bis 50 Gr. mit 75 Pf. und die folgenden Gewichtsstufen entsprechend höher frei zu machen sind; Anstaltskarten

mit 5 Worten auf der Vorderseite statt 40 Pf. 50 Pf.; Geschäftspapiere, Warenproben usw. sollen wie bisher mit den Sägen für Drucksachen der höheren Gewichtsstufen übereinstimmen; das beliebte 1-Kilo-Päckchen wird von 4 auf 6 Mark gesteigert. Für Pakete in der Mahzone sind Erhöhungen nur für die bisherigen beiden untersten Gewichtsstufen vorgesehen; um den Verkehr in der Mahzone zu heben, sollen die Gebühren für die höheren Gewichtsstufen beibehalten oder sogar herabgesetzt werden. Dagegen wird es im Interesse der Gewinnung von Mehrerträgen für notwendig erachtet, die Pakete in der Fernzone härter zu belassen, zum Beispiel durch Steigerung der Gebühr für Pakete bis 5 Kilogramm von 9 auf 14 Mark.

Die Zeitungsgebühren werden beträchtlich erhöht bei einem Durchschnittsgewicht der Zeitungsnummer: bis 20 Gramm 6 1/2 Pf., bis 30 Gramm 8 Pf., bis 40 Gramm 10 Pf., bis 60 Gramm 13 Pf. Die Mindestgebühr für den Vertrieb einer Zeitung wird von 1,20 auf 3 Mark jährlich erhöht. Auch die Entschädigung für die Verpackung der Zeitungen zum Postversand, die nach dem Durchschnittsgewicht berechnet wird, soll für je 100 Nummern betragen: bis 20 Gramm 1,50 Mark, bis 30 Gramm 1,70 Mark, bis 40 Gramm 1,90 Mark usw. Diese höheren Gebühren sollen mit dem 1. Oktober in Kraft treten.

Für Auslandsbriefe sollen die Gebühren in der Regel verdoppelt werden, so daß der einfache Brief 8 Mark zu tragen hätte. Bei Telegrammen in der Ortsverkehr soll es bleiben wie bisher, im Fernverkehr sollen 1,50 Mark für jedes Wort, mindestens 15 Mark, entrichtet werden.

Zur Deckung der Mehrkosten für den Fernsprechbetrieb soll der am 1. Januar 1923 eingeführte Feuerzuschlag von 80 v. H. auf 160 v. H. gesteigert werden. Der Mehrertrag aus der Neuordnung der Fernspreckgebühren wird auf 1550 Millionen Mark veranschlagt.

Scherz und Ernst.

Hilfe für Eisel und Hundrüd. Bewegte Klagen über große Futtermittelnot waren aus dem Eiselgebiet und dem Hundrüd an die preussische Regierung gelangt. Der preussische Landwirtschaftsminister hat sofort daraufhin in die notleidenden Gegenden Kommissare entsandt, die im Einvernehmen mit den dortigen Behörden die schnelle Beschaffung einer ausreichenden Menge von Futtermitteln in die Wege leiten sollen. Die hierzu nötigen Kredite hat auf Antrag des Landwirtschaftsministers das preussische Staatsministerium in einer Höhe bis zu 20 Millionen Mark, die sofort zur Verfügung stehen, angewiesen.

Sportliche Erziehung von Strafgefangenen. Zwei Studenten der Hochschule für Leibesübungen haben regelmäßige Sportstunden im Strafgefängnis zu Pöhlensee erteilt. Vorbereitende Übungen, Trockenschwimmen, Stillauf, Start, Schnellläufe, Staffelläufe, Kugelstoß, Springen wurden geübt. Da ein Gefangener sich einen Diskus gemacht hatte, so konnte auch im Diskuswerfen unterrichtet werden. Diese Spielgemeinschaften erziehen am besten zum Gemeinsinn und zur Gesetzesbeachtung und beschäftigen alle in jedem Augenblick. Der Erfolg reifert diesen bemerkenswerten Versuch. Er brachte Freude in das Leben der Freudlosen. Zudem ist die freie Sportbetätigung am besten geeignet, die Sehnsucht nach der Freiheit, die sie durch eigene Schuld selbst verhergerten, und nach unbewachter Lebensführung zu einer dauernden Besserung anzuwachen zu lassen.

Flugzeugunfall bei Hamburg. Auf dem Luftflugplatz Fuhlsbüttel bei Hamburg ereignete sich ein Flugzeugunfall. Als das von Berlin zurückkehrende Postflugzeug in 150 Meter Höhe über dem Heimathafen Anhalten zur Landung traf, entstand plötzlich ein Motorschaden, der einen jähen Absturz zur Folge hatte. Dem Flugzeugführer gelang es aber, die Gewalt des Sturzes abzumildern, so daß bei dem Ausprall die Insassen unverletzt blieben. Das Flugzeug selbst ging in Trümmer.

Granatexplosion im Hockhofen. In Bismarckhütte flog in dem Hüttenwerk ein Martinolite in die Luft. Ursache der Explosion war eine gefüllte Granate, die sich unter dem einzuschmelzenden Eisen befand. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Die plattdeutschen Amerikaner kommen nach Hamburg. Der Dampfer „Panja“ der Hamburg-America-Linie, der ausschließlich von Mitgliedern des Plattdeutschen Volksfestvereins Americas zur Fahrt nach Hamburg benutzt wird, hat den New Yorker Hafen mit nahezu 1000 Reisenden verlassen.

Maischnee in Königsberg. Die ostpreussische Hauptstadt Königsberg wurde von einem heftigen Schneefall heimgesucht, der zu den besondern Seltenheiten dieses Jahres gehören dürfte.

Zwei Raubmörder verhaftet. Landjägern gelang es, die zwei Raubmörder, die den Gütsbefizer Israel in Kirchbach erschossen, dessen Ehefrau schwer ver wundeten und dann unter Mitnahme einer Geldkassette flüchteten, im Gasthaus zu Podendorf bei Chemnitz zu verhaften. Es handelt sich um den 29-jährigen Fabrikbesizersohn Czech aus Lederau und den 21-jährigen Bergarbeiter Max Otto Boltz aus Wersdorf.

Am höchsten Not gerettet. Die Rettungsstation Memel-Süderküste der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 10. Mai von dem Motorsegleicher „Guldberg“, Kapitän Bruhn, gestrandet auf der Süderküste, mit Stützboot von Steinberg nach Memel bestimmt, 5 Personen durch den Rettungsapparat der Station gerettet.

Entsetzliche Familientragödie in Frankreich. In Charleville tötete ein Landarbeiter, der in schlechten Verhältnissen mit seiner Frau lebte, seine Tochter, seine Frau und seine Schwiegermutter durch Revolvererschüsse. Er jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf und war sofort tot.

Der Herrenreiter.

Roman von Robert Misch.

(42. Fortsetzung.)

„Aber, my dear, das haben wir ja bereits alles längst drüber erörtert. Du weißt, daß ich New York nicht verlassen will. Und zur ewigen Strohwitwe wirst du mich doch wohl nicht machen wollen?“

Sie blies den Rauch ihrer Zigarette in die Luft, kalt und ruhig wie stets. Kinderwünsche! Die goldene, die unzerbrechbare Kette! Er fühlte, wie ihm die Adern schwellen.

„Und wenn es sich nun um einen Lieblingswunsch, um meine Zukunft handelt?! Wenn ich mit allen Fasern an diesem alten Deutschland hänge? Bei uns hier folgt die Frau dem Mann, wohin er sie führt.“

Jetzt lächelte sie nicht mehr. Ein kalter Strahl ihrer grauen Augen traf ihn. Ihre Blicke verschärften sich. Villis sanftes Bild trat plötzlich vor seine Seele.

„Du mußt eben wählen, mein Lieber. Deutschland und dein bunter Rod oder Amerika und ich! — Werzehl, ich will noch etwas ruhen, ehe ich Toilette mache!“

In der Tür blickte sie sich noch einmal um.

„Lebens werde ich diesem Herzog von Trachenfels abschreiben, da ich mitten in den Vorbereitungen zu meiner Abreise bin. Bei unserem nächsten Besuch in Berlin werden wir es nachholen.“

Ein kurzes Nicken des Kopfes — dann war sie fort. Wie zerschmettert sah er da. Ohne Aufwand von Worten, wie selbstverständlich, hatte sie ihm abgeschlagen, worin er seine Zukunft, sein Glück sah. Der Bräutigam Miß Gladys Godwins hatte in den großen Dingen des Lebens keinen eigenen Willen.

„Du mußt wählen, mein Lieber“, klang es ihm in den Ohren — „Deutschland und dein bunter Rod oder Amerika und ich!“ —

Der Kassekönig war in glänzender Laune. Er hatte einige Millionen-Abschlüsse in Hamburg und Bremen gemacht, und der Sekt befeuerte seine Laune.

Er sprach von der Kieler Woche, dem Kaiser, „dem guten, alten Jungen“, und dem guten, alten Europa, in dem man sich so vortrefflich amüsieren könne. Aber er sprach oben wie ein König oder wie ein alter Römer der Imperatorzeit von Hellas gesprochen hätte. Europa gab seine Schulmeister und Schulen, seine Künstler, die Mode und das „Amusement“. Im übrigen war es und wurde mit jedem Tage mehr, eine Handels-satrapie des glorreichen Sternen- und Streifenbanners.

Am liebsten hätte ihm Dietrich das Sektglas ins Gesicht geworfen. Gladys hörte mit glänzenden Augen zu; ihr sonst blaßes Antlitz färbte eine leise Röte. Es erschien ihm brutal, fast abstoßend mit seinen scharfen, überlegenen Blicken. — Oh Villi — sanfte Villi!

Pötzlich — sie saßen in einem kleinen Extrazimmer — stimmte im großen Saal das Tisch- und Hausorchester zu Ehren der anwesenden Amerikaner, wie beinahe jeden Tag, das Lied vom Sternen- und Streifenbanner an. Die drei Amerikaner summteten es

leise mit und fließen mit den Gläsern zusammen. Der Hauch der Fremde wehte ihn an; eine unsichtbare, gläserne Wand erhob sich zwischen ihm und jenen.

Mißer Vexton wurde dann intim; und Dietrich konnte sich nicht eines leisen Mißtrauens erwehren, ob es sich nicht um ein abgekartetes Spiel handelte; das Pferd, das auszubrechen drohte, mit Bügel und Schenkeldruck in der ihm vorgezeichneten Bahn festzuhalten.

So jovial und vertraulich hatte er den sonst stets zugeknöpften Milliardär noch nie reden hören. Er nannte Dietrich „my dear boy“, klopfte ihm mehrfach auf die Schulter und sprach von dessen Zukunft.

Wer so gut mit den Pferden umzugehen wisse, müsse es auch mit den Menschen verstehen; denn zu beidem gehörte eiserne Willenskraft und die Kraft, diesen Willen auf andere zu übertragen. Aber — trotzdem auch damit Geld zu machen sei, wie seine sehr liebenswürdige und kluge Freundin Miß Gladys bewiesen habe, es sei doch nur eine höhere Spielerei, etwa wie die Kunst, wenn auch beides zur höheren Milliardärschaft gehörte, die ja jetzt den alten Adel Europas abzulösen begann.

Das Wahre, das Einzige sei eben doch, viel Geld zu verdienen. Und das verstände sein ehrenwerter Freund Joe Godwin mindestens ebenso gut wie er selbst. Mr. Vexton schmolz wie Zucker und machte eine ganz ehrfürchtige Miene bei dieser Erwähnung, leerte auch sein Glas auf das Wohl seines abwesenden Freundes, der einer der Eisenbahnkönige und in Kupfer mindestens ein Bizetkönig sei. Und jedenfalls sei Mr. Dietrich von Amstel in besten Händen und auf dem Wege, ein Kronprinz der Eisenbahn und des Kupfers zu werden, und würde nach seiner Vermählung die höheren Weihen erhalten. Da er selbst keinen Sohn

besaß, nur eine Tochter, die an einen der größten Plantagenbesitzer der Südstaaten verheiratet war, so schien es Mr. Vexton Spaß zu machen, daß ein Augenzeuge die goldene Jugend der fünften Avenue aus dem Felde geschlagen hatte.

Dietrich stürzte schnell einige Gläser Sekt hinunter, um die tiefe Traurigkeit seines Innern und das Bohren seines Herzens zu betäuben. Vielleicht hatten sie recht. Den Pferden, die ausbrachen, ging es meistens sehr schlecht; jedenfalls kamen sie geschlagen und im Hintertreffen an, ohne Preis und Lohn.

Nachdem er die Herrschaften zum Auto gebracht, wandte er wie betäubt durchs Brandenburger Tor in den Tiergarten hinaus, dessen Wipfel verglimmendes Abendrot färbte. Da kam er denn mählich wieder zu sich; ihm war übel zumute. Er fühlte die goldene Kette klirrend hinter sich herschleifen. Weshalb hatte er ihnen nicht ins Gesicht gelacht: „Was wollt Ihr eigentlich von mir? Ich gehöre nicht zu Euch. Ich bin ein Reitermann und ein preussischer Offizier.“ — Dann wieder summteten ihm Gretchens Verse im Ohr: „Am Golde hängt, nach Golde drängt . . .“ Und er kam sich schlecht und erniedrigt vor. —

(Schluß folgt.)

Verständigen für die Industrie druckt Carl Jehre

Die Technische Nothilfe.

Jeder kennt sie, die stillen Helfer in Stunden der Not, jeder weiß ihre aufopferungsvolle Tätigkeit zu schätzen. Man spricht von ihnen, und weiß über sie doch nichts Genaueres zu berichten. Als kürzlich beim letzten Eisenbahnerstreik drei junge Nothelfer in Berlin tödlich verunglückten, las man einige Notizen in den Blättern, sonst nichts.

Wer von den Berlinern weiß, daß im Vorjahr in Groß-Berlin allein 13 969 Arbeitsstunden von ihnen geleistet wurden? Auf unsere an Streiks so reich Hauptstadt fällt allein ein Dreihingstel der Gesamtziffer der eingesetzten Nothelfer. Gegen 1920 hat diese Zahl gewaltig abgenommen, von 22 451 auf 10 502 womit nicht gesagt sein soll, daß die Streikwellen zurückgeblieben, die jüngsten Tage beweisen das Gegenteil. Der Großstädter verbindet mit dem Begriff „Technische Nothilfe“ sofort „Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerk“. Diese drei Kategorien nehmen dabei nur einen Bruchteil des Gesamteinsatzes ein. Die Elektrizitätswerke 5,3 Proz., die Gaswerke 4,2 Proz., die Wasserwerke 3,9 Proz. Die Haupteinsätze liegen auf dem enorm wichtigen Gebiete des Transportwesens und der Landwirtschaft. Die Einsätze im Transport und Verkehr erreichen mit 36,3 Proz. ihre Höchstzahl, die der landwirtschaftlichen Betriebe mit 26,9 Proz. den nächst höheren Prozentsatz. Eine hohe Ziffer an geleisteten Arbeitsstunden und eingesetzten Nothelfern zeigen die Provinzen Pommern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg Ostfriesland-Bremen, Oldenburg, der pommerische, mecklenburgische und mitteldeutsche Landarbeiterstreik, der Hamburg-Altonaer Fischerstreik. Im Vorjahre hatten die Technischen Nothelfer ein weiteres Betätigungsfeld. In Pommern wurden im Vorjahr 1069 Mann mit 78 074 Arbeitsstunden eingesetzt, in Schleswig-Holstein und Mecklenburg 2642 Mann mit 35 634 Arbeitsstunden, in Ostfriesland-Bremen-Oldenburg 1557 Mann mit 191 988 Arbeitsstunden. In diesem Jahre stieg die Einsatzzahl der Technischen Nothelfer wieder rapide. Das erste Vierteljahr allein sah mehr eingesetzt Nothilfe als das ganze vorangegangene Jahr zusammen. Der riesige Eisenbahnerstreik im Februar mit all seinen tausendfältigen Verzweigungen nahm die Nothilfe in hohem Maße in Anspruch. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sie in der Folgezeit weniger gebraucht werden sollte.

Kleine Nachrichten.

* Die Daimlerwerke in Stuttgart haben ihren Gesamtbetrieb wegen kommunistischer Gewalttätigkeiten auf 6 Wochen geschlossen.

** Die Bergung der „Lusitania“. Die Expedition zur Bergung der „Lusitania“ und einer Anzahl anderer Schiffe, die im Laufe der letzten Jahre gesunken sind, geht am 25. Mai von Philadelphia ab. Der Dampfer „Blakeley“ ist für die Zwecke der Bergung der „Lusitania“ gegründeten Gesellschaft gechartert worden. Es wird nicht angenommen, daß der Bergung der „Lusitania“ große Schwierigkeiten entgegenstehen, da ihre Lage genau bekannt ist.

Bermischtes.

* Wer Kinder haben will . . . In der 'Pfälzer Post' lesen wir: In einem kleinen Dorf ging der Ortsdiener mit der Schelle in der Hand durch den Ort und rief aus: Die Leute, die dieses Jahr Kinder haben wollen, sollen sich beim Ortsvorsteher melden, der besorgt das. Der Hüter des Gesehes meinte natürlich Stadtkinder, die aufs Land zur Erholung kommen sollen.

* "Bildungshunger". Gelsenkirchen. Als dieser Tage im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft städtischer und privater Bildungsausschüsse Gelsenkirchens ein Vortrag des Staatsministers a. D. Prof. Dr. Lindemann aus Köln in der Stadthalle stattfinden sollte, war außer zwei Vertretern der Presse — niemand erschienen.

* Wubi auf der Straßenbahn. In der Straßenbahn heult ein kleiner Knabe fürchterlich. Einem älteren Herrn wird das zu dumm und er sagt: Wenn du nicht gleich ruhig bist, dann freh ich dich. — Tun Sie das lieber nicht, sagt die Mutter des kleinen Jungen, der Wubi hat nämlich die Hosen voll.

* Der erste drahtlose Fuß. Eine amerikanische technische Zeitschrift teilt mit, daß nunmehr der erste Fuß durch Telephonie ohne Draht ausgetauscht wurde und zwar zwischen Fr. Anderson in Brooklyn und ihrem Bräutigam Hugo Chebury, Telephonist an Bord der 'America', 300 Kilometer vom Lande entfernt. — Welch ein Genuß, solcher Fuß!

* Der Streik der Hausfrauen. Im 'Brakeler Anzeiger' veröffentlicht die Waschfrauen folgende Anzeige: Wegen täglicher Teuerung sehen wir uns gezwungen, unseren Tariflohn auf 50 M. und Kost pro Tag festzusetzen. Die vereinigten Waschfrauen von 'Brakel'. Tags darauf erschien in dem genannten Blatte folgende Gegenanzeige: Wegen täglicher Teuerung sehen wir uns gezwungen, unsere Wäsche selbst zu waschen. Die vereinigten Hausfrauen von 'Brakel'.

Hafer kauft

zum höchsten Tagespreis
Louis Schmidt, Dippoldiswalde.



Lämmer-Auktion!

Am Mittwoch den 17. Mai nachmittags 1/5 Uhr findet auf Rittergut **Rehstadt** Versteigerung aegen Welltaebet von **25 Stück Hammellämmern**

Markt. Die Rittergutsverwaltung.

Breitdreschmaschine

mit Zubehör, Schüttelw. m. einf. Reinig., Kraftgetr., Reinigungs- wagh., Schrotmühle, Entleerungswag., vierfach. Furchenheber, alles sehr **verkäuflich.**

Näheres: **M. Martin, Rabenau, Röhberg.**

Programme druckt Carl Jöhne.

Hafer, Heu und Stroh

zu kauft zu kaufen
Armpolt, Buschmühle.

Ferkel

Meißner Zucht, gute Fresser, hat zu verkaufen

Gutsbesitzer **Holz, Oberarsdorf.**

Windischhaus : Restaurationsbetrieb
 früher Dippoldiswalde für den allgem. Verkehr geöffnet empfiehlt sich freundl. Besuchern.

Fahrräder

werden wie neu vernickelt und emailliert. Rahmenbrüche, sowie sämtliche Reparaturen führt schnellstens und sachmännlich aus
Mechanische Werkstatt u. Emaillier-Anstalt
Karl Beyer, Altenberger Straße 185.

Bereinszeichen

In. Emaille, Feltzeichen, Fahnennägel, Stempel usw., Fahnen und Tischbanner, Fahnenschleifen und Bänder, nur Kunsthandwerkerel. Garantie, langweilige Diplome fertigt als Spezialität schnell und billig!

Emil Schulze,
 Weißer Hirsch (Sachsen)
 Alter Hirsch 1, 1.

Anzugstoffe Kostümstoffe

In reichster Auswahl und preiswert
Frobergstr. 233, I. Etg.
 Rein Laden.

Schlacht- pferde



kauf
 zum höchsten Tagespreis
Rohschlächterelei Paul Stader.
 Tel. 97.

Silberbratel- Bruteier

von meinem hochelnen, höchstpräm., reinrassigen Zuchtstamm, à Stk. 7.— M., bestes Land- und Begehuh.
 W. Mengel, Hirschbach.

Kaufjunge

Beiß-Stückfall

zum Bauen u. Dängen empfiehlt
G. Armpolt, Buschmühle.

Visitenkarten :: **C. Jöhne**

Jetzt kaufen Sie günstig!

Anzüge prima Stoffe, guter Sitz, Militärhosen

sowie Schw. Tuchhosen, Man- chester- und Lederhosen, Rad- fahrhosen, Streifhosen,
Joppen in Feldgrau und Leinen, Gummimäntel, Dreilanzüge.
 Dresden,

Gr. Brüdergasse 41, I.
 2. Haus o. Postpl., kein Laden.
 Händler Vorzugspreise.
 Der weite Weg lohnt.

Kaufe

Hamsterfelle

zum höchsten Tagespreis.
**G. Sandte, Riefen-
 meißler.**



Schlacht- pferde

kauf
 Herrn. Scharfe
 Rohschlacht.
 Dippoldiswalde, Markt 80. Tel. 78.
 Bei Notschlachtung sofort zur Stelle. — Rottlingel vorhanden.

Sehenswerte Malereien!

Wittelsbacher Wein- und Bierstuben

Inh. Kurt Walter . . . Moritzstr., Ecke König-Johann-Str.
 Reichhaltige, anerkannt vorzügliche Frühstück-, Mittag- und Abendkarte bei kleinen Preisen.
 Erstkl. Weine - Schoppenweine - Echte Biere
Täglich Künstler-Konzert
 Lebhafter großstädtischer Verkehr . . . Keine Dielenpreise

Strohpressen „Dippolda“

mit patentierter Strohseildurchführung
 sind wieder fertiggestellt und empfiehlt dieselben preiswert
Maschinenfabrik Dippoldiswalde
 Erich Böhme, Dippoldiswalde.

Autogene Schweißarbeiten

(fährt preiswert aus)
Auto-Reparatur B. Dietrich, Dippoldiswalde
 Bahnhofstraße 19c. **Telephon 181.**



Herren- und Damenräder

sowie Näh- und Bring- maschinen und alles Zu behör und großer Posten Gummi soeben wieder eingetroffen, auch **gebrauchte Räder** empfiehlt bestens
Hermann Voigt, Dippoldiswalde,
Telephon 221. Gerberplatz 218.
 Emaillieren- und Joernidein von Häbern- schnellstens- und lauber.

Sämtliche
Farben, Lacke etc.

Hermann Lommatzsch
 Drogerie zum Elefanten
Dippoldiswalde

Dippol-
 sch am
 straße na-
 Halle de-
 barg, sch-
 nierten
 dem besa-
 schen Kol-
 zahl von
 besonke
 „Unser He-
 mehr Be-
 köstliche
 gewesen
 war, legt
 Stadt, S-
 Ingenieu-
 zul“ und
 kennung
 and die g-
 dem Hoc-
 seine still-
 und schlo-
 fests mit
 — W-
 Herr Dr.
 in drei
 verfrüht.
 — W-
 das 100-
 elnen au-

wohnung aus dem 1. Obergeschoß. Mit 13 696 M. Baukosten, einschließlich Einrichtung für die elektrische Beleuchtung wurde 1908 den Anforderungen entsprochen. 1910 aber stellte sich nach langen Beratungen abermals die Notwendigkeit eines Neubaus heraus.

Bei einem ausgeschriebenen Wettbewerb erhielt den 1. Preis in Höhe von 400 M. für seinen Entwurf Baumeister Fritsch, während zwei weitere Preise mit je 150 M. vergeben wurden. Auf Erfordern überarbeitete der Genannte seine Planung unter Mitzugrundelegung der beiden anderen Entwürfe. Nach eingereichten Berechnungen wurde der Neubau für 84 500 M. an den Baugeschäftsinhaber Nitzsche vergeben. Eine Heizungsanlage für die neue und alte Schule führte die Heizungsfirma Franke & Micklich in Dresden für 12 041 M. aus. Die Oberleitung lag in den Händen des Architekten und Baumeisters Dette. Anfang April hob der Bau an und seine Uebergabe erfolgte am 1. Dezember 1911. Damit hat die Schule sich nach neuzeitlichen Grundsätzen vervollkommenet, ohne daß der Spielplatz für die Schülerschar verkleinert worden ist.

Seit dem 16. Jahrhundert war die Zahl der Lehrer bis 1838 immer 3 gewesen. 1839 erfolgte die Anstellung eines vierten. Seitdem vermehrte sich ihre Zahl stetig und betrug Anfang 1874 7, später 8. Nach schulgeseßlicher Bestimmung von 1873, welche für eine Schule mit 6 und mehr Lehrern die Anstellung eines Direktors forderte, wurde aus der Lehrerschaft der zielbewußte Ferdinand Engelman berufen, der segensreich von 1869—1890 wirkte. Ihm folgte eine Reihe tüchtiger Schulleiter. 1911 betrug die Zahl der Lehrkräfte 14; Ostern 1915 weist der Jahresbericht der Bürgerschule 18 Lehrkräfte, darunter 3 Vikare, nach. 7 Herren davon standen im Felde. Angegliedert wurde 1875 die Fortbildungsschule für Knaben. Nebenher ging seit 1875 eine erweiterte Fortbildungsschule, die sich 1889 zu einer Handelsschule entwickelte. 1907 eröffnete man eine Abteilung B für Schüler landwirtschaftlicher Betriebe. Eine Fortbildungsschule für Mädchen ward 1886 von Lehrer (später Oberlehrer) Buckel ins Leben gerufen. Sie ging später wieder ein. Die Gewerbeschule, die sich aus der Sonntagschule der Schmiede- und Bauhandwerkerinnung gestaltete, wurde am 23. August 1911 begründet.

Als Rektoren bzw. später Schuldirektoren wirkten an unserer Stadt- bzw. Bürgerschule:

Nagler, Johann, von Werdau, 1550.

Riemer, Christoph, 1560, nachher Pfarrer zu Reichstädt.

Spieß, Donat, 1568.

Aute, Georg, 1587.

Bruno, Georg, 1588.

Lohig oder Loffeus, Jacob, Mag., aus Dippoldiswalde, von 1593—1596, wo er dem Pfarrer David Friderici beigekehrt wurde; 1597 gelangte er zum Pastorat in Trages, dann zum Diakonat in Borna und endlich zum Pastorat in Kobren.

Kiebling, Caspar, 1596.

Schrater, Joh., 1600

- Bodenehr, Wolfgang**, anfangs Kantor, darauf Rektor, wurde wegen eines Anfalls von Melancholie 1607 mit einer besonderen Wohnung versehen und erhielt auf Lebenszeit eine Unterstüßung.
- Morgenstern, Simon**, ein böhmischer Vertriebener, 1607 gleichfalls zuerst Kantor, nachher Rektor, zuletzt 1½ Jahr Pfarrer in Possendorf, † 1628.
- Reich, Erhard**, 1612.
- Sergius, Martin**, aus Laucha, 1621, vorher Kantor.
- Röhler, Peter**, aus Wurzen, 1642.
- Möller, Hieronymus**, aus Ortrand, 1662.
- Laurentius, Gottfried**, Mag., aus Rosßwein, 1690—1695, nachher Rektor zu Alt-Dresden.
- Möller, August**, Mag., des Hieronymus Möller Sohn, 1695—1738.
- Feller, Gottfried**, aus Rochlitz, vorher Rektorsubstitut.
- Flade, Joh. Georg**, Mag., aus Dörnthal, 1752—1783.
- Göhe, Samuel** Gotthelf, aus Tharandt, 1783—1808.
- Rödiger, Carl** Gottlieb, in Herzogswalde 1781 geboren, 1809—1814, wo er Pfarrer in Naundorf bei Freiberg wurde; seit 1823 war er Pfarrer in Schwarzbach.
- Ackermann, Friedrich**, aus Schneeberg, geb. 1785, 1814—1817, wo er Pfarrer in Niederau bei Meissen wurde; von 1823 an war er Pfarrer in Taubenheim.
- Vogel, Christian** Friedrich Traugott, aus Petersberg im Altenburgischen, geb. 1782, 1817—1821, wo er als Rektor nach Frankenberg versetzt wurde.
- Röhler, Rektor** aus Frauenstein, bekleidete sein Amt nur kurze Zeit, † 1823.
- Feine, Georg** Wilhelm, aus Wiese im Herzogtum Sachsen, geb. 1792, 1824—1832, wo er als Diakonus nach Rosßwein versetzt wurde.
- Mühlberg, Johann** David, geb. 1798 in Zweenfurth bei Leipzig, vorher Lehrer an der Ratsfreischule in Leipzig, 1833—1845 Rektor hier, hierauf Diakonus hier.
- Radler, Friedrich** Hermann, 1845—1861, nachher Pfarrer in Siebenlehn.
- Wolf, Karl** Friedrich, 1861—1869, geht nach Geyer.
- Engelmann, Ferd.**, bisher Mädchenlehrer in Dippoldiswalde, 1. 11. 1869 bis 23. 5. 1890 (der erste Schulleiter mit dem Titel Direktor), † 1898.
- Rasche, Emil**, aus Meissen, am 6. 3. 1890 gewählt, am 2. 6. 1890 eingewiesen, geht am 27. 6. 1898 als Schuldirektor nach Cotta.
- Schulze, Joh.**, aus Lengefeld, eingewiesen am 8. 8. 1898, bis 30. 4. 1905, geht nach Potschappel als Schuldirektor.
- Burkhardt, Oskar**, Lehrer an der Zentralschule in Großschönau, vom 1. 5. 1905 bis 31. 1. 1909, geht als Direktor der Mädchenschule nach Wurzen.
- Ebert, Ernst**, Bürgerschullehrer in Dresden, am 19. 4. 1909 eingewiesen.

Die Namen der Mädchenlehrer (früher Collaboratoren) der ältesten Zeit sind nicht festzustellen. Das Kirchenbuch, in dem sie aufgezeichnet waren, ist verbrannt. Später sind die folgenden angestellt gewesen:

- Häsel, Wolf, von Dippoldiswalde, 1555.
 - v. Dölen, Johann, 1620.
 - Dikmann, Philipp, 1626.
 - Strehl, Christoph, 1660.
 - Strehl, Johann Christoph, wurde seinem Vater 1700 beigelegt, später Domkirchner in Freiberg; der Kantor Strehl ist dessen hinterlassener Sohn.
 - Dörne, Johann Paul, ein hiesiger Buchbinder.
 - Dehme, Christian, aus Naundorf bei Freiberg, 1713 angestellt, hat seinen Tod unter der großen Glocke infolge der Anstrengung beim Stürmen gefunden.
 - Dehme, Johann Traugott, dessen Sohn und Substitut, 1744, wurde wegen Unordnung, die unausfüllbare Lücken in dem Kirchenbuche verursachte, 1760 von seinem Posten entfernt.
 - Dreßler, Johann Christoph, seit 1760, „ist den 24. July 1788 beim Sturm-
lauten, in Folge eines Feuers in der Schletermühle durch Zünden des
Blizes, vom Wetter auf dem Thurme getödtet worden“.
 - Dreßler, Johann Benjamin, dessen Bruder, vorher Schulmeister in Lange-
brück, seit 1788—1814 Kirchner allda.
 - Dreßler, Johann Friedrich Carl, dessen Sohn, geb. 1785 in Langebrück,
Substitut seit 1810, wirklicher Kirchner 1814.
- Seit 1874 unterrichteten als Lehrer an der Stadt- bez. Bürgerschule
- Engelmann, Ferd., Dir., eingetreten 11. November 1851, em. Ostern 1890,
† 4. Oktober 1898.
 - Hellriegel, Bruno, eingetreten 7. Oktober 1869, † 21. November 1900.
 - Stein, Ludwig, eingetreten 8. Juli 1865, ausgetreten 8. August 1883.
 - Enzmann, Gustav Emil, eingetreten 30. Oktober 1871, verzogen Ostern
1875 nach Leipzig.
 - Müller, Max Konstantin, eingetreten 5. April 1872, verzogen Ostern 1874
nach Follborn.
 - Kirbach, Ferd. Bruno, eingetreten 10. Oktober 1872, verzogen Michaelis-
1875 nach Dresden.
 - Schröter, Franz Georg, eingetreten 24. April 1873, Oberlehrer seit Ostern
1908. † 16. Juli 1913.
 - Stölzel, Karl Friedrich, eingetreten 9. April 1874, verzogen Ostern 1876
nach Leipzig.
 - Engelmann, Antonie, eingetreten 8. April 1875, verzogen Ostern 1882
nach Dresden.
 - Brüdner, Friedr. Wilh., eingetreten 3. Januar 1876, verzogen 18. März
1876.
 - Schubert, Emil, eingetreten 25. April 1876, verzogen 31. Dezember 1877
nach Dornreichenbach, †.
 - Schneidenbach, S. Traug., eingetreten 25. April 1876, verzogen 31. De-
zember 1877 nach Börnersdorf, em. in Pirna.
 - Meinert, Friedr. Wilh., eingetreten 1. November 1877, verzogen 1882.
 - Schröder, Gust. Oswald, eingetreten 2. Januar 1878, verzogen Ostern 1881
nach Dresden.

n eines
ersehen

zuerst
† 1628.

Rektor

8.

14, wo
Pfarrer

wo er
Pfarrer

ischen,
berseht

e Zeit,

1792,

vorher
, hier-

nlehn.

. 1869
1898.
einge-

1905,

vom
nach

lesen.

) der
auf-
estellt

Herr Dr.
in drei
verfrüht.
— B
das 100-
einen gu
Fahrer,
ander no
starteten
passiert.
und Mer
Bis 1/2 12
gefahren.
10 Uhr
scharfem
— D
wird ab
ab Dresd
auch die
ab Dippe
Der Nach
erst 11.50
— D
ohne Sch
am gestri
doch nirg
mitten im
Kältewell
—
Wohlfahr
Umgebun
3—4 U
Donnerst
statt.
— 2
fürjorgst
nach m.
Dr. Hesse
Kreische
erkrankun
viel ob si
auf die B
Beratung
— Di
am Oster
der Epho
in Dippo
Bärenstei
kersdorf
25.—, F
58.50, Ge
Hennersd
dorf 90.—
58.—, Lie
dorf 200.—
Stadt 100.
Sadisdorf



ausdrücklich zu Ehren der umbelebten Amerikaner,
wie beinahe jeden Tag, das Lied vom Sternen- und
Streifenbanner an. Die drei Amerikaner summten es

- Budel, Hugo Eduard, eingetreten 1. Mai 1878, Oberlehrer seit 1. Februar 1901, seit Ostern 1916 i. R.
- Schneider, Karl Gustav, eingetreten 13. August 1879, verzogen 1880.
- Lommaksch, Paul, eingetreten 6. April 1880, verzogen Ostern 1886 nach Dresden.
- Eidner, Otto, eingetreten 26. April 1881, Oberlehrer seit Ostern 1911.
- Vogelgesang, Chr. Emil, eingetreten 9. Mai 1881, verzogen Ostern 1882 nach Hennersdorf.
- Rädlein, Martin, eingetreten 18. April 1882, verzogen Ostern 1885 nach Dresden, †.
- Sering, Hermann, eingetreten 18. April 1882, † 11. September 1918.
- Endig, Hugo, eingetreten 3. April 1883, verzogen Michaelis 1886 nach Bärenstein, † in Dresden.
- Schmidt, Friedrich, eingetreten 20. September 1883, verzogen 31. Dezember 1883 nach Bössendorf.
- Krüger, Paul Alfred, eingetreten 2. Januar 1884, Oberlehrer seit 19. Februar 1909.
- Wagner, August Otto, eingetreten 14. April 1885, verzogen Ostern 1886, † 30. Oktober 1886.
- Schmidt, Emil, eingetreten 5. Oktober 1885, Oberlehrer seit 1. Dez. 1920.
- Schneider, Moritz, em., eingetreten 8. Februar 1886, verzogen 30. April 1886.
- Kurzreuter, Bruno, eingetreten 4. Mai 1886, verzogen 1887 nach Volkmarshdorf.
- Körner, Oskar Bernhard, eingetreten 4. Mai 1886, verzogen 7. Juni 1889 nach Kleinzschocher.
- Scherz, Max, eingetreten 6. Juni 1887, verzogen 13. November 1888 nach Volkmarshdorf.
- Stolz, Eugen, eingetreten 16. November 1888, verzogen 17. April 1889 nach Leipzig.
- Wagner, Heinrich Max, eingetreten 1. Mai 1889, verzogen Ostern 1892 nach Kleinzschachwitz.
- Zeibig, August Albin, eingetreten 16. Juli 1889, verzogen 31. Dezember 1889 nach Röhschenbroda.
- Unger, Max Rudolf, eingetreten 1. Februar 1890, Oberlehrer seit 1. Oktober 1920.
- Rasche, Emil, Dir., eingetreten 2. Juni 1890, verzogen 27. Juni 1898 nach Cotta.
- Flohr, Hermann, eingetreten 27. April 1892, verzogen Ostern 1895 nach Pirna.
- Dettel, Magnus, eingetreten 1. September 1893, verzogen 31. Dezember 1893 nach Rauded.
- Mehnert, Arthur, eingetreten 23. April 1895, verzogen Ostern 1898 nach Dresden.
- Behmann, Kurt, eingetreten 19. April 1898, verzogen Ostern 1901 nach Dresden.
- Schulze, Johannes, Dir., eingetreten 8. August 1898, verzogen Ostern 1905 nach Botschappel.

wohnung
lich Ein
forderun
abermals
Bei

Höhe vo
weitere
arbeitete
beiden a
Neubau
Eine He
firma F
leitung
Anfang
1911. I
kommen
worden

Seit
gewesen.
sich ihre
gesetzliche
Lehrern
schar der
1869—18

betrug d
der Bü
davon

bildungs
Fortbild
eröffnete
Eine Fo
Oberlehr

Gewerbe
handwerk

Als
unserer
Nagler,
Niemer,
Spieß, L

Mute, G
Bruno, C
Lofsig od

wo er
zum P
zum P
Kießling,
Schrater,